

Zur Erinnerung an
Dr. Martin Seckendorf

12. März 1938 – 14. Oktober 2020



**Hellas unterm
Hakenkreuz**



Martin Seckendorf (rechts) und Argyris Sfountouris, der als Vierjähriger am 10. Juni 1944 das Wehrmachtsmassaker an der Zivilbevölkerung von Distomo überlebte. (Foto: Lothar Eberhardt)

Leider lassen die Bedingungen der Corona-Pandemie es nicht zu, dass wir uns in einem gebührenden Rahmen, im Kreis vieler Weggefährten, von Martin Seckendorf verabschieden können. Wir werden dies nachholen, sobald es die Umstände erlauben. So bleibt uns nur, ihn mit dem Nachdruck dieser kleinen Broschüre zu ehren. Er hat sie im November 2015 redigiert und herausgegeben anlässlich einer Veranstaltung im „Haus der Demokratie“ zur Vernichtung der jüdischen Bevölkerung Griechenlands. Dort wurde auch die von ihm mit Lothar Eberhardt gestaltete Ausstellung „Hellas unterm Hakenkreuz“ gezeigt.

Ich traf Martin Anfang der 1990er Jahre das erste Mal persönlich. Er informierte uns über die Besetzung Griechenlands durch die Wehrmacht auf einem Treffen der Berliner Gruppe der „Arbeiterpolitik“. Ich war beeindruckt von seinem umfangreichen Wissen und seinen Detailkenntnissen.

Damals musste Martin seinen Lebensunterhalt bei einem privaten Wachschutzunternehmen bestreiten. Bis 1990 hatte er in leitender Funktion im Staatsarchiv der DDR gearbeitet. Mit der Einverleibung der DDR durch die BRD wurde das Staatsarchiv in das Bundesarchiv überführt. Martin wurde „abgewickelt“. Die neuen Machthaber, die sich als „Sieger der Geschichte“ sahen, wollten und konnten seine Fachkenntnisse nicht nutzen, wohl auch wegen seiner marxistischen Herangehensweise bei der Auswertung historischer Dokumente.

Mein Kontakt zu Martin wurde leider erst nach 2012 enger. Anlass waren die Besuche deutscher Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen im Rahmen der Solidaritätsgruppe „Gegen Spardiktate und Nationalismus“ in Griechenland. Dort stießen wir immer wieder auf die Spuren der Vergangenheit – auf die Kriegsverbrechen der deutschen Wehrmacht und auf den antifaschistischen Widerstand, der dort in der Arbeiterbewegung auch heute politisch wachgehalten wird.

Zahlreiche Veranstaltungen in vielen deutschen Städten zu den aktuellen Kämpfen gegen die Spardiktate aus Berlin und Brüssel und zur leidvollen Geschichte unter deutscher Besatzung folgten in den kommenden Jahren. Hier fielen Martins historische Forschungsergebnisse und seine Standpunkte auf fruchtbaren Boden.

Stellvertretend für die vielen Aktivitäten sei hier die Ausstellung zum 75. Jahrestag der Invasion auf Kreta genannt: „Zeit des Schreckens“. Martin war nicht nur an der Konzeption und Erstellung der Ausstellungstafeln beteiligt. In zahlreichen Vorträgen, u.a. vor Schülerinnen und Schülern, teilte er sein Wissen mit den Besucherinnen und Besuchern, beantwortete geduldig Nachfragen oder Einwände und diskutierte leidenschaftlich über die politischen Schlussfolgerungen, die wir heute aus der Geschichte ziehen sollten.

„Gedenken heißt für uns, sich einzumischen – gegen stattfindende und geplante Kriege und für die Rechte der Opfer“ (aus dem Einleitungstext zur Ausstellung).

Zum Jahreswechsel 2019/2020 waren wir intensiv mit der Vorbereitung einer Konferenz zum 75. Jahrestag der Befreiung beschäftigt. Sie sollte sich mit Deutschlands unbeglichenen Schulden befassen, mit der Weigerung der Bundesregierung Entschädigungs- und Reparationsansprüche anzuerkennen und mit den Betroffenen endlich Verhandlungen darüber aufzunehmen. Der Lockdown durchkreuzte unsere Planungen. Kurz darauf erhielt Martin die Nachricht von seiner schweren Krebserkrankung, der er am 14. Oktober 2020 erlag.

Je öfter wir uns trafen, je enger unsere Zusammenarbeit sich gestaltete, desto mehr wurde aus dem Genossen zugleich der Freund Martin. Enden will ich deshalb mit einer Aufforderung, mit der er mich öfters scherzhaft begrüßte: *„An die Arbeit!“*

Andi (Andreas Hesse)
für die gewerkschaftliche Solidaritätsgruppe
„Gegen Spardiktate und Nationalismus“

Martin hat uns nicht nur „Hellas unterm Hakenkreuz“, sondern zahlreiche weitere Publikationen seiner historischen Forschungen hinterlassen. Auf sie können wir dankbar zurückgreifen.



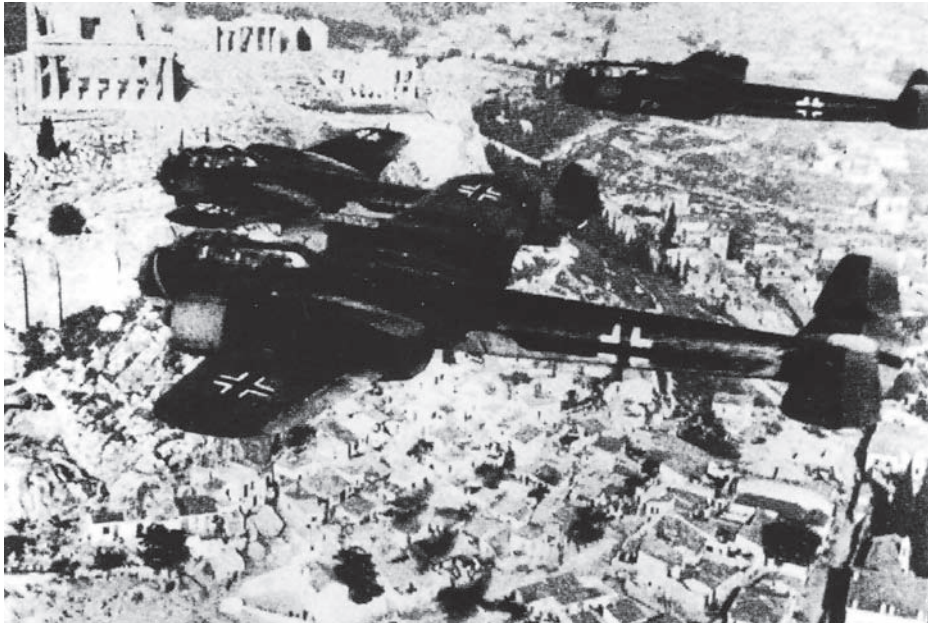
Hellas unterm Hakenkreuz

Die deutsche Besatzungspolitik in Griechenland 1941 – 1944

Ein Überblick mit Dokumentenanhang

von Dr. Martin Seckendorf

nach einer Serie des Autors
in der Berliner Tageszeitung »**junge Welt**«



Deutsche Bomber über Athen

Dr. Martin Seckendorf ist Historiker und Vorstandsmitglied der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung e.V.

INHALT

I. Eroberung einer Militärbasis	9
Heimtückischer Überfall	10
Kreta 1941	12
Fortsetzung auf dem Festland	13
Bewaffneter Widerstand – das Andartiko	14
II. »Befriedung der Festung«	17
Gefahr an der Südostflanke	17
Massenterror als militärische Hauptaufgabe	18
»Mit den aller brutalsten Mitteln«	19
Edelweiß-Division	21
Erneute Fehleinschätzung	23
III. Vernichtungskrieg	24
Bürgerkrieg entfacht	24
Die Kollaborateure	25
Eskalation des Terrors	27
Absprachen mit dem Feind	29
IV. Das Schicksaal der Juden	30
Sonderkommandos	30
»Endlösung« in Thessaloniki	32
Menschenjagd in der italienischen Zone	33

ANHÄNGE

Die Wehrmacht in Griechenland	37
Massaker deutscher Streitkräfte	39
in Griechenland im 2. Halbjahr 1943 (Auswahl)	39
Massaker deutscher Streitkräfte 1944	39
Wirtschaft und Okkupation	41
Hyperinflation als Folge der enormen wirtschaftlichen Ausbeutung durch die Besatzer	42

Verbrecherische Befehle	43
»Ausrottung der männlichen Bevölkerung ganzer Gebiete« auf Kreta	43
»50 bis 100 Kommunisten« für einen getöteten Deutschen	43
»Auch gegen Frauen und Kinder«	44
Massentötung zur »Abschreckung«	45
Die »männliche Bevölkerung« ist zu erschießen oder als Gefangene abzuschieben	46
»Aufsässige Bevölkerung« ist zu erschießen oder zu erhängen	46
Erschießen, erhängen, Zwangsarbeit	48
Man kann »leider« nicht alle Griechen »köpfen«	49
»Zusammengefaßte Feuerschläge« auch gegen »nichtschuldige Männer, Frauen und Kinder«	49
 Kollaboration und Widerstand	51
Hauptfeind der Deutschen und der griechischen Oberschicht ist die immer erfolgreicher operierende ELAS	51
Die gesamte Peloponnes Ende 1943 befreites Gebiet	52
Griechische Oberschicht kollaboriert mit den Besatzern gegen den »Kommunismus«	53
 Massenterror	55
Im Oktober 1941 im Gebiet Thessaloniki: 436 Hinrichtungen, drei Dörfer zerstört	55
Über 1000 Tote und 100 zerstörte Dörfer in einem Monat nur in Nordost-Griechenland	55
Kalavryta – das größte Massaker an griechischen Zivilisten	58

I. Eroberung einer Militärbasis

Die deutsche Besatzungspolitik in Griechenland zwischen 1941 und 1944 ist noch immer ein weitgehend »weißer Fleck« im öffentlichen Bewusstsein Deutschlands. Bestenfalls die Eroberung Kretas war einem Teil des Publikums in Erinnerung – als unvergleichliche Heldentat der Wehrmacht glorifizierte Luftlandeoperation. In Deutschland wird noch immer kaum zur Kenntnis genommen, dass während der deutschen Besetzung Griechenlands fortgesetzt und massenhaft Tötungsverbrechen an der Zivilbevölkerung begangen wurden, die sich in der Begehungsweise, wie Juristen sagen, nicht von jenen Untaten unterscheiden, die Deutsche im Zweiten Weltkrieg in Polen, der Sowjetunion und Jugoslawien begingen. Meist unter dem Vorwand der Partisanenbekämpfung wurden Hunderte Dörfer geplündert, verwüstet und häufig alle Einwohner umgebracht.

Alle Bundesregierungen und deutsche Gerichte verweigern bis heute den Opfern deutschen Terrors eine angemessene Entschädigung, ja sogar ernsthafte Gespräche zu dem Problem. Die bundesdeutschen Stellen begründen ihre Haltung mit dem Argument, die massenhaften Tötungen und Verwüstungen seien Folgen normalen Kriegsgeschehens. Die Zivilisten seien zwischen die Fronten geraten. Dabei wird ignoriert, dass es in Griechenland bis auf etwa 4 Wochen im April/Mai 1941 keinen militärischen Großkampf gegeben hat. Die in oft unglaublicher Grausamkeit an meist völlig unschuldigen Zivilisten beiderlei Geschlechts und jeden Alters begangenen Massaker, die in aller Regel von Plünderungen und großflächigen Zerstörungen begleitet wurden, erfolgten, um die Griechen zur Duldung der durch einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg errichteten deutschen Herrschaft und zur Arbeit für die Deutschen zu zwingen. Ein oft undifferenzierter, auf Vorbeugung ausgerichteter Massenterror war das wichtigste Herrschaftsinstrument der Besatzer. Die exzessiven Gewaltaktionen waren vom ersten bis zum letzten Tag deutscher Okkupation originärer, geplanter Bestandteil der Besatzungspolitik. Das offenbaren ein Blick auf die mit der Okkupation verfolgten Ziele und eine Analyse der Direktiven, die den deutschen Behörden in Griechenland erteilt worden sind. Von erheblichem Gewicht für die Beantwortung der Frage nach der Verantwortung für die Verbrechen ist die

Feststellung, dass alle wichtigen Fragen der deutschen Besatzungspolitik in Griechenland von der Wehrmacht entschieden worden sind.

Heimtückischer Überfall

Seit der Niederlage Frankreichs im Sommer 1940 war Griechenland ins Blickfeld der Hitler-Regierung gerückt. Griechenlands Unterwerfung sollte ein wichtiger Schritt sein, um das im Mittelmeer noch immer vorherrschende Großbritannien aus dieser Region zu vertreiben. Das eroberte Griechenland hatte in den deutschen Plänen die Funktion zu erfüllen, Nachschub- und Absprungbasis für offensive Operationen in Nordafrika und gegen Nahost zu sein. Am 28. Oktober 1940 fiel das faschistische Italien, das im Mittelmeerraum eigene imperiale Ziele verfolgte, von Albanien aus in Griechenland ein. Als die italienische Aggression wegen der tapfer kämpfenden Griechen zu einem Desaster für das gesamte faschistische Lager zu werden drohte, wurden die deutschen Kriegspläne intensiviert. Man beschloß, Griechenland, dem inzwischen britische Truppen vertragsgemäß zu Hilfe geeilt waren, im Frühjahr 1941 mit überlegenen Kräften niederzuwerfen – nicht zuletzt, um die Südflanke des für den Sommer 1941 geplanten Überfalls auf die UdSSR zu sichern.

Am Palmsonntag, dem 6. April 1941, drang die Wehrmacht ohne Kriegserklärung von Bulgarien aus in Griechenland ein. Am 27. April fiel Athen, am 30. April standen die deutschen Truppen an der Südspitze der Peloponnes. Zwischen dem 20. Mai und dem 1. Juni wurde die Insel Kreta erobert. Für die Griechen begann eine überaus drückende Besatzungszeit.

Der unprovizierte Überfall war nach den Kriterien des Internationalen Militärgerichtshofes in Nürnberg von 1946 ein Verbrechen gegen den Frieden, eine schwerstkriminelle Handlung im Zusammenleben der Völker. Der deutsche Überfall war Voraussetzung und wesentliche Ursache für alle weiteren, den Griechen aufgebürdeten gewaltigen Lasten und zugefügten furchtbaren Leiden.

Zerstückelung des Landes

Nach der militärischen Eroberung wurde Griechenland in drei Besatzungszonen geteilt:

Bulgarien erhielt als Judaslohn für die Mitwirkung am Überfall landwirtschaftlich wertvolle und rohstoffreiche Gebiete im Norden, die etwa 15 Prozent der Fläche Griechenlands ausmachten. Diese Gebiete wurden zügig annektiert und mit brutalen Mitteln bulgarisiert. Zuvor hatte sich aber Deutschland die wirtschaftliche Nutzung der bulgarischen Zone vertraglich gesichert.

Die deutschen Truppen zogen sich in zwei kleinere, für die Nachschub- und Absprungfunktion aber militärgeographisch wichtige Zonen zurück. Das Gebiet um Thessaloniki, ein Streifen an der türkischen Grenze sowie einige Inseln in der Nordägäis wurden zum Befehlsbereich Saloniki-Ägäis zusammengefaßt. Der Landstreifen Athen-Piräus mit Hafen, zwei Drittel Kretas sowie einige Inseln unterstanden dem Befehlshaber Südgriechenland. Beide Befehlshaber waren dem »Wehrmachtbefehlshaber im Südosten« in Saloniki untergeordnet, der alle deutschen Streitkräfte auf dem Balkan befehligte und die zentrale deutsche Besatzungsbehörde auf dem Balkan darstellte.

Der größte Teil Griechenlands – etwa 70 Prozent – wurde den italienischen Truppen zur polizeilichen und militärischen Sicherung übergeben. Auf deutschen Druck verzichtete Italien auf eine Militärverwaltung. Die Verwaltungsfunktionen sollten von einer machtlosen, von Deutschland abhängigen Kollaborationsregierung in Athen wahrgenommen werden. Um die deutschen Interessen in der italienischen Zone gegenüber Italien und der griechischen »Regierung« zu sichern, wurde ein »Bevollmächtigter des Reichs für Griechenland« eingesetzt. Auch für die italienische Zone hatte sich die deutsche Seite vor dem Einrücken der italienischen Truppen die wirtschaftliche Nutzung vertraglich gesichert. Hier ging es vorwiegend um so kriegswichtige Rohstoffe wie Chrom und Aluminium.

Die Ausgestaltung des deutschen Besatzungsregimes stand in einem auch zeitlich engen Zusammenhang mit dem geplanten Überfall auf die

Sowjetunion. Trotz Blitzsiegseuphorie war die deutsche Führung sich darüber im klaren, dass der Krieg gegen die Sowjetunion sowie die Verwaltung und Ausbeutung des riesigen Gebietes im Osten den Einsatz aller militärischen und personellen Ressourcen erfordern werde. Deshalb war für die Besetzung Griechenlands nur eine deutsche Division vorgesehen. Diese Entscheidung wurde durch die deutsche Auffassung begünstigt, die Griechen würden die Wehrmacht mehr oder weniger freiwillig im Lande dulden. Die deutsche Propaganda behauptete, der Überfall auf Griechenland sei kein Kampf gegen die Griechen. Man wolle nur England und dessen griechische Helfer vertreiben. Hitler erklärte, die Briten hätten es verstanden, Griechenland »zu mißbrauchen«. Er habe immer betont, dass »das deutsche Volk keinerlei Gegensätze zu dem griechischen Volk besitzt«. Das Oberkommando der Wehrmacht (OKW) verfügte bereits am 13. Mai 1941, alle frontfähigen Verbände aus Griechenland nach Osten abzuführen, da mit der Entwaffnung der griechischen Armee kein weiterer deutscher militärischer Einsatz erforderlich sei. Eine gravierende Fehlprognose, wie sich schon sieben Tage später beim Kampf um Kreta zeigen sollte.

Kreta 1941

Bei der Invasion Kretas, die ab 20. Mai unter dem Decknamen »Unternehmen Merkur« erfolgte, stieß die Wehrmacht auf nicht für möglich gehaltenen Widerstand. Die Verluste der Deutschen auf Kreta waren höher als in den vorausgegangenen Feldzügen gegen Jugoslawien und das griechische Festland zusammen. In großer Zahl beteiligte sich die kretische Bevölkerung an der Verteidigung der Insel – ein von der Haager Landkriegsordnung vom 18. Oktober 1907 ausdrücklich gedecktes Verfahren. Zum ersten Male im Zweiten Weltkrieg wurde die Wehrmacht mit einem Volkskrieg und dessen speziellen Kampfesformen konfrontiert. Die deutschen Militärs sahen im Widerstand der Kreter an der Seite der griechischen und britischen Truppen eine kriminelle, todeswürdige Handlung. Noch während der Kämpfe ordneten Kommandeure Massenerschießungen an. Generalmajor Julius Ringel, Kommandeur der 5. Gebirgsdivision, befahl, »für jeden Verwundeten oder Gefallenen 10 Kreter zu erschießen, Gehöfte und Dörfer, in denen deutsche Truppen

beschossen werden, niederzubrennen, in allen Orten Geiseln sicherzustellen«.

Am 31. Mai 1941, als die Kämpfe beendet waren, erließ General der Flieger Kurt Student, Kommandierender General des für Kreta zuständigen XI. Fliegerkorps, einen Grundsatzbefehl für die Handhabung von »Sühne- und Vergeltungsmaßnahmen« auf Kreta. Die bereits während der Kämpfe begangenen Massenmorde an Zivilisten wurden nachträglich als »Notwehr« legalisiert. Für künftige Hinrichtungen gelten keine Obergrenzen. Erschießungen seien bis zur »Ausrottung der männlichen Bevölkerung ganzer Gebiete« durchzuführen. Eine Anrufung der Wehrmachtjustiz verbot Student ausdrücklich. Auf der Grundlage dieses Befehls kam es zu furchtbaren Massakern und zur Zerstörung zahlreicher Dörfer. Nach griechischen Erhebungen wurden binnen weniger Wochen – bis August 1941 – mehr als 2000 Zivilisten umgebracht.

Fortsetzung auf dem Festland

Die Erfahrungen auf Kreta bestimmten auch weitgehend das Vorgehen der deutschen Besatzungsmacht auf dem griechischen Festland. Am 9. Juni 1941 dekretierte Hitler in der »Weisung Nr. 31«, dass die Niederwerfung innerer Unruhen Hauptaufgabe der deutschen Befehlshaber sei. In den deutschen Zonen wurde der verschärfte Ausnahmezustand verkündet und für die gesamte Dauer der Besetzung beibehalten. Die Befehlshaber erhielten die vollziehende Gewalt und die deutschen Zonen wurden zum Operationsgebiet erklärt. Denn auch auf dem Festland regte sich Widerstand. Schon im Mai 1941 verhängten Gerichte der 12. Armee gegen Griechen Todesstrafen wegen »Freischärlerei«. Die ersten Unruhen wurden hauptsächlich durch Hunger ausgelöst – u.a. eine Folge der enormen wirtschaftlichen Ausbeutung des Landes seit Beginn der Besetzung. Sie führte ab Herbst 1941 in eine Hungersnot mit mehreren hunderttausend Toten. Die Säuglingssterblichkeit erreichte über achtzig Prozent. Die allgemeine Sterberate betrug zeitweise das Siebenfache des Vorkriegsstandes. Allein im Großraum Athen verhungerten fast 100000 Menschen. Die gewaltige Ausbeutung durch deutsche Dienststellen und Unternehmen kommentierte der italienische Staatschef Benito Mussoli-

ni mit der sarkastischen Bemerkung, die Deutschen würden den Griechen auch noch den letzten Schnürsenkel davon tragen.

Bewaffneter Widerstand – das Andartiko

Während der Besetzung bildeten sich im Wesentlichen zwei große Widerstandsbewegungen: Die bürgerliche Gruppe Nationale Republikanische Griechische Liga (Ethnikos Dimokratikos Ellinikos Syndesmos)-EDES und die linksgerichtete Nationale Befreiungsfront (Ethniko Apeleftherotiko Metopo)-EAM mit ihrem bewaffneten Arm Griechische Volksbefreiungsarmee (Ellinikos Laikos Apeleftherotikos Stratos)-ELAS.

Schon in den ersten Widerstandsaktionen trat nach Erkenntnissen der deutschen Militärs die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) als Initiator und Organisator auf. Das war umso erstaunlicher, als die in Griechenland seit August 1936 herrschende faschistische Diktatur die KKE mit ungeheurem Terror beinahe zerrieben hatte. Der Erste Generalstabsoffizier (Ia) der 12. Armee, Foertsch, notierte am 16. Juni 1941: »Die durch die Ernährungslage bedingte Mißstimmung des Volkes bildet den Nährboden für kommunistische Propaganda.« Am 16. Juli meldete der Wehrmachtbefehlshaber Südost dem OKW: »Kommunistische Einflüsse nehmen zu«. Am 1. Juli 1941 beschloß die KKE ein Programm der nationalen Einheitsfront. Auf dieser Grundlage entstand am 27. September 1941 die Nationale Befreiungsfront (EAM). EAM wurde die bis in die Gegenwart größte Organisation in der griechischen Geschichte. Im November 1944 zählte sie mehr als 1,6 Millionen Mitglieder (bei knapp sieben Millionen Einwohnern). Im Februar 1942 schuf EAM die Griechische Volksbefreiungsarmee, ELAS. Beide wurden die entscheidenden militärischen und politischen Kräfte des Befreiungskampfes.

Erst als der Masseneinfluß von EAM sichtbar wurde, beteiligten sich bürgerliche Gruppen am Kampf gegen die deutschen Besatzer. Zur größten bürgerlichen Gruppierung wurde die im September 1941 gegründete Nationale Republikanische Griechische Liga (EDES), die seit Ende Juli 1942 eine kleine, von den Briten exzellent ausgerüstete Partisanenarmee in Nordwestgriechenland führte. Der Hauptstoß der deutschen Unter-

drückungspolitik richtete sich von Anfang an und mit besonderer Brutalität gegen die Mitglieder der KKE, der EAM, gegen die Soldaten der ELAS und alle Menschen, die man linker Gesinnung verdächtigte. So berichtete die 164. Infanteriedivision, dass in der kleinen Gemeinde Nigrita bei Thessaloniki 97 Personen festgenommen wurden, weil »sie sich kommunistisch betätigt hatten«. Der Befehlshaber Saloniki-Ägäis meldete im November 1941 »die Verhaftung und Einlieferung aller bekannten Kommunisten der Stadt Saloniki in das Konzentrationslager«. Kurze Zeit danach wurden zwölf der Verhafteten »als Vergeltung« erschossen. Die deutsche Planung ging davon aus, die Massenhinrichtungen und eine besonders grausame Art der Tötung würden in weiten Kreisen des Volkes lähmendes Entsetzen erzeugen. Die damit erhoffte Abschreckung werde weitere Widerstandshandlungen verhindern. Trotzdem griff die Aufstandsbewegung in allen von Deutschland besetzten Balkangebieten weiter um sich.

Am 16. September 1941 beauftragte Hitler den Wehrmachtbefehlshaber im Südosten, die Aufstandsbewegung rigoros niederzuschlagen und »im Gesamtraum mit den schärfsten Mitteln die Ordnung wieder herzustellen«. Am gleichen Tag erließ Wilhelm Keitel, Chef des OKW, Richtlinien zur Ausführung des »Führerbefehls« und erklärte: »Bei jedem Vorfall der Auflehnung gegen die deutsche Besatzungsmacht muß auf kommunistische Ursprünge geschlossen werden.« Er fuhr fort: »Um die Umtriebe im Keime zu ersticken, sind beim ersten Anlaß unverzüglich die schärfsten Mittel anzuwenden, um (...) einem weiteren Umsichgreifen vorzubeugen. Dabei ist zu bedenken, dass ein Menschenleben in den betroffenen Ländern vielfach nichts gilt und eine abschreckende Wirkung nur durch ungewöhnliche Härte erreicht werden kann. Als Sühne für ein deutsches Soldatenleben muß in diesen Fällen im allgemeinen die Todesstrafe für 50 – 100 Kommunisten als angemessen gelten. Die Art der Vollstreckung muß die abschreckende Wirkung noch erhöhen.«

Im Verwaltungsbericht für Oktober 1941 beschrieb der Befehlshaber Saloniki-Ägäis, Generalleutnant von Krenzki, der sich in der Öffentlichkeit als »Herr über Leben und Tod aller Griechen« bezeichnete, den Vollzug des Befehls: »Durch entschiedenen Einsatz schneller Truppenstreifen wurden die Unruheherde im Keim erstickt. Hierbei wurde mit ausgesprochener Schärfe vorgegangen, um eine abschreckende Wirkung zu

erzielen.« Im Oktober 1941 seien 422 Griechen erschossen und weitere zehn gehängt worden. »Hinzu kommen vier Vollstreckungen von Todesurteilen der Kriegsgerichte.« Außerdem seien drei Dörfer völlig niedergebrannt und 63 Griechen als Todeskandidaten in das von der Wehrmacht errichtete und verwaltete Konzentrationslager – das erste nach deutschem Vorbild auf griechischem Boden errichtete KZ – eingeliefert worden. Nach einer Tagesmeldung des Wehrmachtbefehlshabers Südost, Wilhelm List, an das OKW vom 18. Oktober 1941 brannten Wehrmachteinheiten (vermutlich der 164. Infanteriedivision - ID) zwei Dörfer an der Strimonmündung nieder und erschossen 202 Personen. Am 25. Oktober 1941 haben Soldaten der 164. Infanteriedivision zwei Dörfer nordöstlich von Thessaloniki niedergebrannt und alle angetroffenen männlichen Bewohner im Alter von 16 bis 60 Jahren, insgesamt 67 Personen, erschossen. Frauen und Kinder seien umgesiedelt worden. In beiden Fällen erfolgten die Erschießungen, Plünderungen und Zerstörungen ausschließlich, weil die Deutschen den Verdacht hegten, die Dörfer hätten Partisanen als »Rückhalt« gedient. Zusammenfassend ergibt die Dokumentenlage, dass allein im Oktober 1941 in Thessaloniki und in einer Umgebung von knapp 80 Kilometern mehr als 800 Griechen umgebracht und mindestens 10 Dörfer total zerstört worden sind.



Geiselnwagen – die auf dem Wagen eingepferchten Menschen sollten bei einem Partisanenangriff auf den Zug sofort getötet werden.

II. »Befriedung der Festung«

Mit der durch die Rote Armee erzwungenen, seit der Stalingrader Schlacht sichtbar gewordenen Kriegswende, veränderte sich Anfang 1943 auch die strategische Einordnung Griechenlands in die deutsche Kriegführung. In Nordafrika besiegten die Westalliierten die deutsch-italienische Truppen und errangen die strategische Initiative auch im Mittelmeerraum. In Jugoslawien und Griechenland erlebte die Partisanenbewegung einen gewaltigen Aufschwung. Am 8. September 1943 schied Italien, der wichtigste Verbündete Deutschlands und wichtige Besatzungsmacht im eroberten Griechenland, aus dem faschistischen Bündnis aus.

Gefahr an der Südostflanke

Die deutsche Führung ging davon aus, dass die Westalliierten im Frühjahr 1943 ihre operativen Möglichkeiten im Mittelmeer zu einer Großlandung in Griechenland nutzen werden. Galt Griechenland im strategischen Kalkül der deutschen Führung bisher als Absprung- und Nachschubbasis, sollte es jetzt in eine Festung verwandelt werden, um die militärisch wie kriegswirtschaftlich immer wichtiger werdende Südostflanke des Nazi-Imperiums zu decken.

Wegen des Ausscheidens der Italiener als Besatzungsmacht dehnte die Wehrmacht die deutsche Herrschaft auch auf die italienische Zone in Griechenland aus. Die deutschen Truppen wurden von 75.000 auf 250.000 Mann verstärkt und erhielten eine neue Befehlsführung. Oberste Kommandobehörde für Griechenland wurde die neu aufgestellte Heeresgruppe E unter Generaloberst Alexander Löhr. Die Heeresgruppe konnte über alle bewaffneten Kräfte der Eroberer, einschließlich der Verbände der Bulgaren und der Waffen-SS sowie der Kollaborateure in Griechenland, verfügen. Für die Okkupationsverwaltung wurde die Dienststelle Militärbefehlshaber Griechenland unter General Speidel geschaffen. Er erhielt in ganz Griechenland die vollziehende Gewalt. Damit entschied die Wehrmacht auch in der neuen Etappe der Besatzungspoli-

tik alle für die Griechen und das Land wichtige Fragen. Dem Militärbefehlshaber war auch der ebenfalls neu berufene Höhere SS- und Polizeiführer (HSSPF) unterstellt. Dieser sollte im Auftrag des Militärbefehlshabers den polizeilichen und geheimpolizeilichen Bereich, einschließlich jenen der Kollaborationsverwaltung, leiten, ausbauen und gegen die Widerstandsbewegung, vornehmlich in den Städten, führen.

Massenterror als militärische Hauptaufgabe

Hauptaufgabe des umgestalteten, personell erheblich verstärkten Besatzungsapparates war die rigorose Bekämpfung der Partisanenbewegung, vor allem der EAM und der ELAS. Hauptkampfmittel sollten ausufernde kollektive Gewaltmaßnahmen gegen die Zivilbevölkerung sein. Zur Abwehr der erwarteten Invasion der Alliierten sei es notwendig, die inneren Verhältnisse der besetzten Südostgebiete »mit starker Hand zu ordnen«, heißt es in einer Denkschrift des Führungsstabes der Wehrmacht vom 10. Dezember 1942. Der Chef des OKW, Keitel, fügte hinzu, »der griechische Raum ist heute als ein Kriegsschauplatz erster Ordnung zu bezeichnen«. Die »Befriedung« der Festung Griechenland war nicht mehr nur ein okkupationspolitisches, gewissermaßen innenpolitisches Problem. Angesichts der erwarteten Invasion war sie Teil der Vorbereitungen auf den militärischen Großkampf. Die Widerstandsbewegung sollte noch vor der Landung alliierter Truppen endgültig vernichtet und die Bevölkerung durch terroristische Maßnahmen derart eingeschüchtert werden, dass sie im Invasionsfall nicht wage, sich gegen die Deutschen zu erheben. Damit erhoffte man, alle Truppen zur Abwehr der erwarteten Invasion an der Küste einsetzen und die rückwärtigen Verbindungen offen halten zu können. Die präventive, vorbeugende Funktion des Massenterrors gegen die Zivilbevölkerung trat noch stärker als in der vorangegangenen Periode hervor.

Hauptkraft des bewaffneten Widerstandes und seit Herbst 1943 einziger militärischer Gegner der Deutschen in Griechenland war die ELAS. Die bürgerliche Organisation EDES spielte militärisch keine Rolle mehr. Ihre Führer kollaborierten seit Herbst 1943 mit den Deutschen und führten unter deutscher Kontrolle Aktionen gegen den linken Widerstand durch.

Bereits im April 1943 hatte der Militärbefehlshaber Südgriechenland die politische Struktur des Widerstandes mit »etwa 90 Prozent rein kommunistisch, 10 Prozent nationalistisch« angegeben. Die griechische Volksbefreiungsarmee ELAS fügte den deutschen Truppen nach einem Bericht des Militärbefehlshabers Griechenland vom 19. Oktober 1943 »erhebliche Verluste an Menschen und Material« zu.

»Mit den aller brutalsten Mitteln«

Kaum noch verschlüsselt befahlen alle Führungsebenen der Wehrmacht, vom OKW bis zur Kreiskommandantur in Griechenland, den Massenmord an Zivilisten beiderlei Geschlechts und jeden Alters. Hitlers »Weisung Nr. 47« vom 28. Dezember 1942 bestimmte als Hauptaufgabe des Oberbefehlshabers Südost die »endgültige Befriedung des Hinterlandes und Vernichtung der Aufständischen und Banden aller Art«. Er forderte am 16. Dezember 1942, die Befehle zur Partisanenbekämpfung noch weiter zu verschärfen. Den deutschen Kräften dürften auch gegenüber Frauen und Kindern keinerlei Beschränkungen bei der Tötung und der Vernichtung von Sachwerten auferlegt werden. Jedem Soldaten müsse generell Straffreiheit zugesichert und jene Soldaten als »Verräter am deutschen Volk« gebrandmarkt werden, die nicht mit der geforderten Rücksichtslosigkeit vorgehen. Der Chef des Führungsstabes der Wehrmacht, Jodl, versicherte, nach diesem Befehl könnten die Soldaten auch mit Frauen und Kindern »machen, was sie wollen: Sie dürfen sie aufhängen, verkehrt aufhängen oder vierteilen«. Der Befehl richtete sich nicht nur gegen die Partisanen, sondern auch gegen »Mitläufer«, was den zu vernichtenden Personenkreis beträchtlich ausweitete. Der Chef des OKW befahl: Der Kampf muß »mit den allerbrutalsten Mitteln geführt« werden. »Die Truppe ist berechtigt und verpflichtet, in diesem Kampf ohne Einschränkung auch gegen Frauen und Kinder jedes Mittel anzuwenden, wenn es nur zum Erfolg führt.« Auf dieser Grundlage erließ am 14. Juli 1943 der Oberbefehlshaber Südost, Lohr, einen speziellen Befehl. Nach der inzwischen erfolgten alliierten Landung auf Sizilien (9./10. Juli 1943) ordnete er noch direkter den Massenterror gegen die Bevölkerung als Prävention und Vorbereitung auf eine alliierte Landung an. Partisanen und »Mitläufer« spielten im Befehl keine Rolle, die ge-

samte Bevölkerung sollte getroffen werden. Es heißt dort: »Bei feindlichen Landungsangriffen ist mit weitestgehender Beteiligung aufsässiger Bevölkerungsteile auf Seiten des Feindes zu rechnen ... Ich ermächtige und verpflichte alle Kommandeure, von sich aus, ohne vorherige Genehmigung der vorgesetzten Stelle, bei offensichtlich feindseliger Haltung der Bevölkerung schärfste Maßnahmen zu ergreifen.« Auch bei anderen Grundsatzbefehlen des OKW nutzten die Militärbehörden im Südosten ihren Handlungsspielraum und verschärften die zentralen Direktiven. Wegen des Arbeitskräftemangels in Deutschland wies Hitler am 7. Juli 1943 an, Partisanen und »Mitläufer« nicht mehr generell und sofort zu töten, sondern die Arbeitsfähigen als militärische Zwangsarbeiter nach Deutschland zu deportieren. Die Behörden im Südosten machten in den Ausführungsbefehlen die Einschränkung, dass es dabei keine Abstriche am Konzept der massenhaften Tötung von Zivilisten zur präventiven Bekämpfung der Partisanenbewegung geben dürfe. »Sühnemaßnahmen« seien »wie bisher mit den härtesten Mitteln durchzuführen«. Der Grundsatz, »die gesamte männliche Bevölkerung« eines Dorfes bei Verdacht auf »Teilnahme oder Unterstützung der Banden zu erschießen oder zu erhängen«, müsse unbedingt beibehalten werden. Erst in zweiter Linie sei die Deportation zur Zwangsarbeit zu erwägen. Am 18. August 1943 bestätigte der Chef des OKW diese Linie. Er schrieb, bei besonderen Umständen könne angeordnet werden, »dass keine Gefangenen gemacht werden bzw. dass Gefangene und im Kampfraum ergriffene Bevölkerung erschossen werden dürfen«.

Mit der Kriegswende wurde auch das terroristische Methodeninventar erweitert. Neben Luftangriffen gegen »verdächtige« Ortschaften wurde die Beschiessung der Dörfer mit schwerer Artillerie befohlen. Bei Partisanenaktionen seien die »in der Nähe« liegenden Ortschaften durch Feuerschläge ohne Vorwarnung zu vernichten. Eine besonders brutale Neuerung war die Einführung fahrbarer Geisellager. Am 15. Juli 1943 wurde befohlen, bei jedem Transportzug einen verriegelten Güterwagen mit Geiseln mitzuführen. Bei einer Partisanenaktion, »ob sie gelingt oder nicht«, so der Chef des Generalstabs des OB Südost, seien die Geiseln durch Zündung vorsorglich angebrachter geballter Ladungen und durch das zusammengefaßte Feuer der Begleitkommandos »sofort« zu töten. Für Kreta, wo es keine Eisenbahn gab, wurde angeordnet, bei Kfz-Kolonnen »in größerer Zahl« junge Mädchen als Geiseln mitzuführen. Die

nach der Kriegswende in die italienische Zone einrückenden deutschen Divisionen erhielten die Anweisung, unter Umgehung der italienischen Behörden selbständig gegen die griechische Bevölkerung nach den deutschen Grundsatzbefehlen vorzugehen. Damit wurde schon vor der italienischen Kapitulation am 8. September 1943 die bis dahin nur in den deutschen Zonen praktizierte Terrorpolitik auch auf die italienische Zone übertragen, denn die italienischen Behörden hatten sich bis dahin geweigert, in ihrer Zone nach dem deutschen Muster gegen die Bevölkerung zu verfahren.

Edelweiß-Division

Im Zusammenhang mit den Plänen für die Abwehr einer alliierten Invasion wurde die 1. Gebirgsdivision nach Griechenland entsandt. Der wegen seines taktischen Zeichens auch »Edelweiß-Division« genannte Verband kam aus Jugoslawien, wo er nach Divisionsberichten mehr als 10.000 »Banditen«, sprich Tito- Partisanen und »Mitläufer«, meist jedoch unschuldige Zivilisten vernichtet hatte. Für das Vorgehen dieser Elitedivision in Griechenland erging am 7. Juli 1943 folgender Befehl: »Alle Ortschaften, die den Banden als Zuflucht dienen können, sind zu zerstören, die männliche Bevölkerung ist, soweit sie nicht wegen Verdachts der Teilnahme am Kampf oder Unterstützung der Banden erschossen wird, restlos zu erfassen und als Gefangene abzuschieben. Bei Sabotagefällen ... sind strengste Sühnemaßnahmen gegen die Bevölkerung zu treffen.« Der Erste Generalstabsoffizier (Ia), Thilo, dessen Aufgabe u.a. die Vorbereitung der Einsatzbefehle war, baute nach 1945 die »Gebirgstruppe« der Bundeswehr auf, führte jahrelang als Kommandeur die 1. Gebirgsdivision der Bundeswehr – ebenso »Edelweiß-Division« genannt – und schied nach Erreichung der Altersgrenze in allen Ehren und mit gut dotierter Pension als Generalmajor aus den westdeutschen Streitkräften aus.

Im Juli 1943 brannten Einheiten der Edelweiß-Division bei »Säuberungsunternehmen« im italienisch besetzten Gebiet Griechenlands mehrere Dörfer nieder und erschossen über 100 Zivilisten. Am 16. August 1943 vernichteten die Gebirgsjäger die im italienisch besetzten Epiros liegen-

de Ortschaft Kommeno und metzelten 317 Bewohner jeden Alters und beiderlei Geschlechts auf unbeschreiblich grausame Weise nieder. In einer Ermittlungsakte des Bayerischen Landeskriminalamtes vom 16. April 1969 heißt es, daß sich unter den Opfern »schwängere Frauen befunden haben. Viele Frauen seien vor der Ermordung vergewaltigt worden, Leiber von Frauen aufgeschnitten und die Kinder in der Weise verbrannt, daß sie ihnen mit Benzin getränkte Watte in die Mäuler stopften und die Watte dann anzündeten. Auch seien Personen die Augen ausgestochen worden.« (Das Verfahren wurde eingestellt, da es sich nach Meinung des Landgerichts München I um normale Kriegshandlungen gehandelt habe).

Nach dem Ausscheiden Italiens aus dem faschistischen Bündnis am 8. September 1943 richtete sich der deutsche Terror mit nicht für möglich gehaltener Brutalität gegen die in Griechenland stationierten Soldaten des ehemaligen Bundesgenossen. Wegen »Verrats an der Achse« wurden ab 8. September 1943 auf Rhodos und auf Ägäischen Inseln mehrere hundert italienische Offiziere erschossen. Die italienische Besatzung der Ionischen Insel Kephallonia widersetzte sich der deutschen Aufforderung zur Kapitulation. Die Wehrmacht stürmte die Insel. Aufgrund eines Sonderbefehls vom 18. September 1943 sollten keine Gefangenen gemacht werden. Hauptsächlich Einheiten der »Edelweiß-Division« erschossen den italienischen Divisionskommandeur und fast 5000 (!) Soldaten – nachdem diese sich ergeben hatten.

Selbst dem griechischen Kollaborations-Ministerpräsident Rallis ging das massenhafte Töten und flächendeckende Töten vor allem der Gebirgsjäger zu weit. Er fürchtet, sein ohne hin geringes Ansehen bei den Griechen restlos zu verlieren. In einem Schreiben an den deutschen Militärbefehlshaber wies er darauf hin, daß unter dem Vorwand, Sühne- und Vergeltungsmaßnahmen für Partisanenaktionen durchzuführen, »die Vernichtung Griechenlands« im Gange sei. Allein im Oktober 1943 habe man im Epiros, dem Operationsgebiet der 1. Gebirgsdivision, über 1000 Griechen umgebracht. Seit dem Einmarsch der Wehrmacht in das relativ kleine Gebiet im Juli 1943 seien mehr als 100 Dörfer zerstört worden.

Erneute Fehleinschätzung

Ende 1943 stellten die deutschen Militärs fest, dass ihre Erwartung, mit den Truppenverstärkungen und exzessiver Terrorpolitik die Partisanenbewegung vernichten zu können, auf einer eklatanten Fehleinschätzung beruhte. EAM und ELAS hatten inzwischen ein großes politisches und militärisches Gewicht gewonnen. Im September 1943 stellte der Militärbefehlshaber fest, dass »Griechenland nur zu einem kleinen Teil wirklich in deutscher Hand« ist. Hinzu kam, dass in den deutschen Vorstellungen die alliierte Landung immer wahrscheinlicher wurde, weitere Truppenverstärkungen aber wegen der Gesamtkriegslage unmöglich waren. Hermann Neubacher, »Sonderbevollmächtigter des Auswärtigen Amtes für den Südosten«, kam zu dem Schluß, die Wehrmacht sei nicht in der Lage, die ihr gestellte doppelte Aufgabe zu lösen: Die Invasion zu verhindern und zuvor, gewissermaßen als Voraussetzung einer Invasionsabwehr, die Partisanen zu vernichten.

In einem erneuten Schwenk ihrer Okkupationspolitik versuchten die Deutschen nunmehr, das für sie immer ungünstigere Kräfteverhältnis mit politischen und propagandistischen Mitteln, insbesondere mit »zielgenauerem« Antikommunismus auszugleichen. Im Zentrum der deutschen Überlegungen stand eine zuvor nicht beabsichtigte Ausweitung der Kollaboration. Vor allem im bewaffneten Bereich versuchten sie, die Kollaboration erheblich auszuweiten und einen Bürgerkrieg zu entfachen. In einem Vernichtungskrieg sollten die Träger und Sympathisanten des Widerstands ausgerottet und dabei unter deutscher Leitung künftig immer mehr Griechen von Griechen umgebracht werden. Ab Herbst 1943 gingen Neubacher und die Militärs daran, dieses Konzept zügig umzusetzen. Dabei kam es 1944 zu einer nochmaligen Steigerung der Opfer unter der Zivilbevölkerung.



Distomo am 10. Juni 1944

III. Vernichtungskrieg

Im Verlauf des Jahres 1943 geriet das deutsche Besatzungsregime wegen der für Deutschland verschlechterten militärischen Gesamtlage, dem durch die rücksichtslosen Ausbeutung Griechenlands verursachten Zusammenbruch von Wirtschaft und Währung sowie wegen der immer stärker werdenden Widerstandsbewegung in eine Krise. Eine Verstärkung der Truppen war wegen der Niederlagen der Wehrmacht an der Ostfront nicht mehr möglich. Jetzt sollte eine Mixtur aus Propaganda und politischer Taktik die Griechen dafür gewinnen, die deutsche Herrschaft im Lande zu dulden, für sie zu arbeiten und gegen die eigenen Landsleute im Widerstand, im Andartiko zu kämpfen. Als Gegenleistung für Kollaboration sicherte das faschistische Deutschland Griechenland einen ehrenvollen Platz im künftigen Europa zu. »Jeder Grieche, den wir dahin bringen, in uns die Vertreter einer besseren und gerechteren Zukunft zu sehen, wird zunächst nicht auf unsere Männer schießen und keine Sabotageakte begehen«, schrieb im August 1943 der stellvertretende Leiter der Informationsabteilung im Auswärtigen Amt, Rudolf Rahn. Es müsse gelingen, die kollaborierenden Gruppen »so zu binden, in unserem Sinne zu kompromittieren und gegen die uns feindlichen Organisationen kämpferisch einzusetzen, dass sie nicht mehr zurück können«. »Mit politischen Mitteln die Verhältnisse zu verbessern«, nannte der Sonderbevollmächtigte des Auswärtigen Amtes, Neubacher, das Ziel der »neuen Politik«.

Bürgerkrieg entfacht

Am 29. Oktober 1943 erließ Hitler auf Initiative von Neubacher die Weisung über »die einheitliche Führung des Kampfes gegen den Kommunismus im Südosten«. Neubacher sollte die antikommunistischen Kräfte organisieren und ihren Einsatz gegen die Partisanen politisch lenken, die Versorgung der Bevölkerung »auf die antikommunistische Aktion ausrichten« und Einfluß auf die »Sühnemaßnahmen« nehmen.

Die erste Maßnahme der Spaltungskonzeption, wie die Generalität die »neue Politik« zutreffend nannte, war die Bewaffnung der Kollaborateure. Unter Leitung des Höheren SS- und Polizeiführers wurde die griechische Polizei auf 27000 Mann verstärkt und erstmals seit der Besetzung bewaffnet. Neun »Sicherheitsbataillone« wurden aufgestellt und gegen die Widerstandsbewegung eingesetzt. Die Wehrmacht bildete zusätzlich mehr als 20 griechische Freiwilligeneinheiten in Kompaniestärke. Die bis dahin unbedeutende griechische Nazi-Partei, Ethniki Enosis Ellados, erhielt von Neubacher beträchtliche finanzielle Mittel zur »Aufstellung antikommunistischer Kampfverbände«.

Die Kollaborateure

Die deutsche Politik konnte sich bei der Schürung des Bürgerkriegs auf Teile der griechischen Oberschicht stützen. Diese, obwohl traditionell eher britisch orientiert, unterstützten die deutschen Maßnahmen gegen die Nationale Befreiungsfront (EAM) und die Griechische Volksbefreiungsarmee (ELAS), weil sie damit die bürgerlich-kapitalistische Nachkriegsentwicklung gesichert glaubten. In einem kürzlich aufgefundenen Schreiben der Heeresgruppe E vom 15. Juli 1944 heißt es: »Die führende griechische Oberschicht (Vertreter der Industrie, des Handels, Bankwesens, der hohen Geistlichkeit, Spitzen der Beamtenschaft und des ehem. Offz.-Korps)« sieht in dem »immer mehr anwachsenden Kommunismus die einzige ihre Interessen und besitzbedrohende Gefahr«. Sie sei »gewillt, eine nationale Organisation mit militanten Formationen aufzubauen«. Es wird mitgeteilt, in Nordgriechenland arbeite seit Sommer 1943 »eine Art nationales Verteidigungskomitee, das sich aus Vertretern der griechischen Oberschicht zusammensetzt«. Die von der Wehrmacht in Nordgriechenland aufgestellten griechischen Verbände würden »von diesem Komitee in jeder Hinsicht unterstützt«.

Ein wesentlicher Aspekt der »neuen Politik« war der allenthalben gelungene Versuch, antikommunistische (»nationale«) Widerstandsgruppen dazu zu bewegen, den Kampf gegen die Deutschen einzustellen und nunmehr ausschließlich die EAM/ELAS militärisch zu bekämpfen. Besonderes Gewicht hatte der Übertritt der Einheiten der Nationale Repu-

blikanische Griechische Liga (EDES) auf die Seite der Deutschen im Herbst 1943. Sie war die größte Gruppierung des nichtkommunistischen Widerstands. Die Heeresgruppe E beschreibt in einem Bericht die bürgerkriegspolitischen, auf die Nachkriegszeit gerichteten Motive der EDES-Führung. Diese »sucht nach wie vor die deutsche Besatzungsmacht ihrer Loyalität zu versichern, um sich so unangetastet auf den kommenden militärischen und politischen Machtkampf vorzubereiten«. Gegen die ELAS habe EDES in Nordwestgriechenland eine militärische Offensive begonnen. Für die Bemühungen der Okkupanten, die Kollaboration auszudehnen, erwies sich die bisherige Terrorpraxis als Hindernis. Die undifferenzierten Massaker unter der Zivilbevölkerung und flächendeckenden Zerstörungen, wie sie bis dahin kennzeichnend waren, trieben auch Griechen in den Widerstand, die nicht mit der ELAS sympathisierten. Wie die Propaganda sollte nun auch der Terror zielgenau gegen Links eingesetzt werden. Der Generalstabschef der Heeresgruppe E, Generalmajor Winter, erläuterte Anfang Dezember 1943 vor deutschen Kommandeuren und Stabsoffizieren, es gehe »leider(!) nicht an, alle Leute zu köpfen« und »völlig unbeteiligte Ortschaften dem Erdboden gleichzumachen«, da dies »nur zur Vermehrung des Bandenwesens« führe. Die »antikommunistische Aktion« sollte nicht weniger, aber die richtigen Griechen töten, die »wahrhaft Schuldigen«.

Am 22. Dezember 1943 erging ein Grundsatzbefehl des Oberbefehlshabers Südost für die Handhabung des Terrors. Darin heißt es: »Das Verfahren, nach einem Überfall oder Sabotageakt aus der näheren Umgebung des Tatortes wahllos an Personen und Wohnstätten Sühnemaßnahmen zu vollziehen, wird verboten.« Zunächst seien die »Täter« und deren Angehörige zu töten. Sollten die »Täter« nicht gefaßt werden, was üblicherweise der Fall war, so wären alle Personen, die einer »offenen oder versteckten Mitwirkung« verdächtigt werden oder die »ein bewußt passives Verhalten« zeigten, als »Banditenhelfer zu erschießen und deren Wohnstätten zu vernichten«. Der Befehl beschreibt dann die Hauptgruppe der zu Tötenden: »Lassen sich derartige Mitschuldige nicht finden, so muß auf Personen zurückgegriffen werden, die, ohne mit der einzelnen Tat in Verbindung zu stehen, trotzdem als mitverantwortlich anzusehen sind. Mitverantwortlich sind in erster Linie solche Personen, die sich zum Kommunismus bekennen.« Damit war der Umfang des klassenideologischen Vernichtungskrieges definiert.

Todeskandidaten waren alle 1,6 Millionen Mitglieder der EAM und ihrer Massenorganisationen, die Soldaten der ELAS sowie deren Angehörige. Um den Spaltungseffekt zu verstärken, wurde jenen Griechen, die sich zur Kollaboration bereit fanden, eine Überlebensgarantie gegeben. »Nicht zu Sühnezwecken zu verwenden«, so der Befehl, »sind Feinde des Kommunismus«. Mit dem Dezemberbefehl wurde die »neue Politik« für alle Soldaten, Polizisten und SS-Männer bindend.

Eskalation des Terrors

Danach hätte man wegen der angestrebten »chirurgisch sauberen Schnitte« eine Verringerung der Opfer und der Zerstörungen erwarten können.

Der Ablauf der Ereignisse 1944 aber zeigt ein anderes Bild. Trotz der »neuen Politik« ging das großflächige Zerstören und massenhafte Töten von Zivilisten weiter. Die Opferzahlen erreichten Rekordhöhen. Massaker mit hundert und mehr Toten sowie riesigen Zerstörungen waren 1944 eine fast alltägliche Erscheinung. So wurden nach den äußerst unvollständigen Meldungen der Heeresgruppe E in den Monaten Juni, Juli und August 1944 im statistischen Durchschnitt täglich 108 Griechen bei »Säuberungsaktionen« getötet.

Ursache dafür, dass sich an der Politik nicht viel änderte, war die Auffassung der Militärbehörden im Südosten, auf die massenhafte Tötung von Zivilisten als vorbeugend wirkendes Element der Machtsicherung nicht verzichten zu können. Außerdem schrieben zahlreiche Ausnahmen in dem Grundsatzbefehl weiterhin undifferenzierte Massaker auch an Frauen und Kindern zwingend vor. Umfangreiche »Sühnemaßnahmen« seien immer dann durchzuführen, wenn dadurch »die Verhütung künftiger Anschläge zu erwarten ist«. Auch die verhängnisvollen Begriffe »Banditenhelfer« und »Mitschuldige« als Bezeichnung für eine nach jedem Partisanenangriff zu tötende Personengruppe wurden beibehalten und durch den Straftatbestand »passives Verhalten« extensiv ausgelegt. Außerdem blieb die Anzahl der bei einer Vergeltungsaktion zu tötenden Griechen nach oben offen, was in der Praxis zu furchtbaren Mordaktionen mit entsetzlich hohen Todeszahlen führte. »Sühnequoten werden

nicht festgelegt«, heißt es in dem Befehl. Und: »Für das Verhalten der Truppe im Kampf gelten die bisherigen Bestimmungen.« Damit hing die Auslegung der Befehle von der Einschätzung der jeweiligen politischen und militärischen Situation in einem bestimmten Gebiet ab. Welche Regionen als »Kampfgebiete« oder, was auf das gleiche hinauslief, als »partisanenverseucht« eingestuft wurden, entschieden die Ic-Offiziere der Wehrmacht, die »Feindlagebearbeiter«. In diesen Territorien, die Anfang 1944 drei Viertel des Landes umfaßten, konnte die gesamte Bevölkerung, unabhängig von ihrer politischen Haltung, für »Sühnezwecke« ins Visier genommen werden. »Rücksichtsloses Durchgreifen« befahl der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe E am 13. August 1944. Der Vertreter Neubachers in Athen telegraphierte am 4. Oktober 1944 nach Berlin, dass nicht nur Dörfer entvölkert und zerstört werden, sondern Massaker immer häufiger auch in Städten erfolgten. Der »Begriff kommunistische Viertel« werde sehr weit ausgelegt. Alle Bewohner von Häuserblocks, »in deren Nähe deutsche Soldaten angegriffen« worden seien, würden »zu Sühneaktionen herangezogen«, d.h. umgebracht.

Absprachen mit dem Feind

Ende August 1944 durchbrach die Rote Armee in einer gewaltigen Schlacht bei Jassi-Kischinjow, dem Cannae des 20. Jahrhunderts, den Südtail der deutschen Ostfront. Der Weg nach Belgrad und Wien war frei. Von Westen marschierte die Volksbefreiungsarmee Titos auf die jugoslawische Hauptstadt. Rumänien und Bulgarien wurden vom Verbündeten zum Kriegsgegner Deutschlands. Den beiden deutschen Heeresgruppen auf dem Balkan drohte die Einschließung, ein »Super-stalingrad«. Um eine neue Front im Norden aufzubauen, befahl Hitler die Räumung Griechenlands. In der Räumungsphase kam es zu einem im Zweiten Weltkrieg einmaligen Abkommen. Das Oberkommando der Wehrmacht und zentrale britische Stäbe vereinbarten, die Deutschen sollten mit Blick auf die Nachkriegsentwicklung Griechenlands die ELAS weiterhin rücksichtslos bekämpfen und ihre ausgebauten Stellungen vor allem an den Küsten gegen die ELAS solange halten, bis britische Truppen anlandeten. Als Gegenleistung garantierte man den Deutschen militärisch unbedrängten Abzug zum Aufbau einer neuen Front

gegen die Rote Armee – damals der Verbündete der Briten. Das Abkommen wurde von beiden Seiten eingehalten. Trotz drückender britischer Überlegenheit zu Wasser und in der Luft konnten die Deutschen verlustlos von den Inseln evakuiert werden und ab 10. Oktober 1944, von den Briten wiederum unbedrängt, auch das Festland räumen. ELAS durchkreuzte die deutsch-britische Vereinbarung. Die griechischen Soldaten lieferten den fliehenden Deutschen schwere Kämpfe und unterstützten damit wirkungsvoll den Kampf der Tito-Verbände und der Roten Armee an Save und Donau. Die deutschen Verbände kamen nicht nur verspätet, sondern auch abgekämpft, personell stark geschwächt und fast ohne schwere Waffen in Jugoslawien an.

In der Nacht vom 2. zum 3. November 1944 verließen die letzten deutschen Einheiten Griechenland. Auf einigen Inseln blieben etwa 20.000 deutsche Soldaten zurück, die meist erst am 8. Mai 1945 kapitulierten. Viele hundert Dörfer und Kleinstädte waren total zerstört, eine Million Griechen obdachlos, das Eisenbahnwesen nur noch zu einem Viertel brauchbar. Alle die für das Land so wichtigen Häfen waren stark zerstört. Schätzungsweise 70.000 Griechen wurden Opfer von Geiselmorden und anderen »Strafaktionen«. Die Gesamtverluste betrugen 7,2 Prozent der Vorkriegsbevölkerung. Damit lag Griechenland in der Statistik über die Gesamtverluste im Zweiten Weltkrieg hinter der Sowjetunion, Polen und Jugoslawien an vierter Stelle.



Der Hafen von Piräus, von der Wehrmacht vor ihrem Abzug zerstört

IV. Das Schicksaal der Juden

Zu den Menschenverlusten durch Krieg und Besatzung gehören auch fast 60.000 Juden. Die Wehrmacht hatte, anders als in vielen anderen Ländern, in Griechenland wegen ihrer dominanten Stellung im deutschen Besatzungsregime, auch im »Endlösungsprozeß« eine entscheidende Rolle.

Sonderkommandos

Mit der am 6. April 1941 in Griechenland einfallenden 12. deutschen Armee marschierte auch eine Einsatzgruppe der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes der SS ein. Sie sollte mit logistischer Unterstützung der Wehrmacht »Terroristen, Kommunisten, Juden und andere Reichsfeinde« bekämpfen. Nachdem sich im Juni 1941 die Deutschen in ihre in Absprache mit dem faschistischen Italien festgelegten Besatzungszonen (nämlich »Saloniki-Ägäis«, Athen-Piräus und Westkreta) zurückgezogen hatten, konzentrierte sich die Verfolgung der Juden auf die sogenannte Saloniki-Zone. In der italienischen Zone blieben die Juden zunächst weitgehend unbehelligt – bis zur Kapitulation Italiens im September 1943. Ein Sonderkommando des Chefideologen der Nazis, Alfred Rosenberg, war der 12. Armee angegliedert. Für »Exekutivmaßnahmen« stand dem Sonderkommando Wehrmachtspersonal aus der Geheimen Feldpolizei (GFP) und der Militärverwaltung zur Verfügung. Archive, Bibliotheken, Zeitungsredaktionen, Kirchenämter, Behörden, Bankschließfächer, Krankenhäuser, Wohn-, Geschäfts- und religiöse Gemeinschaftseinrichtungen wurden durchsucht und brutale polizeiliche Verhöre durchgeführt. Das Kommando hat historisch wertvolle Dokumente, Kulturgüter und lithurgische Gegenstände beschlagnahmt und nach Deutschland transportiert, darunter 10000 Bücher aus den jüdischen Bibliotheken in Thessaloniki. Ziel dieser Aktionen war die Gewinnung von Argumenten für die antisemitische Propaganda und die Sammlung von statistischem Material sowie von Namen, Adressen, Arbeitsstellen, Eigentum und Vermögen, Angaben, die für die von Rosen-

berg vorbereitete »rationelle« Art des Völkermords, für Hitlers »Endlösung der Judenfrage«, von Bedeutung waren.

Im Sommer 1942 verschärfte die Wehrmacht den Druck auf die Juden Thessalonikis. Die Militärverwaltung ordnete die Zwangsarbeitspflicht für Juden an. Unter unmenschlichen Bedingungen wurden die Arbeiter in der Erzförderung, u.a. in den vom Krupp-Konzern in Essen für die deutsche Kriegswirtschaft ausgebeuteten Chromerzgruben, sowie im Straßen- und Flugplatzbau eingesetzt. Die Aktion trug alle Merkmale der »Vernichtung durch Arbeit«. Dieses »Prinzip« bei der Ausmerzung ethnischer oder politischer »Feinde« wandte das Nazi-Reich insbesondere ab Herbst 1941 angesichts der hohen Verluste der Deutschen vor Moskau an. Es beinhaltete, die Arbeitskraft der Todeskandidaten vor der Vernichtung möglichst vollständig zu verwerten. Dazu hatte der Chef des SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamtes, SS- Obergeruppenführer Pohl, befohlen, der Einsatz müsse »im wahren Sinn des Wortes erschöpfend sein, um ein Höchstmaß an Leistung zu erreichen«. An der Ausführung dieses Befehls waren im Gebiet Saloniki-Ägäis in kurzer Zeit über vierhundert jüdische Zwangsarbeiter gestorben. Aus erschöpften, todkranken Arbeitern war keine Leistung mehr herauszuholen. Um aus dieser »Angelegenheit« dennoch Gewinn schöpfen zu können, verfiel Kriegsverwaltungsrat Merten auf den »Dreh«, die jüdische Gemeinde für die Auslösung aus der todbringenden Zwangsarbeit eine Ablösesumme in Höhe von umgerechnet mehreren Millionen Reichsmark zahlen zu lassen.

Anfang 1943 forderten deutsche Militärs und Diplomaten die italienischen Militärbehörden auf, die in ihrer Zone lebenden Juden den »Endlösungs«-Maßnahmen zu unterwerfen. Generaloberst Löhner bedrängte den italienischen Oberbefehlshaber, General Carlo Geloso, mit den dort lebenden griechischen Juden nach deutschem Beispiel zu verfahren.

»Endlösung« in Thessaloniki

Als die Italiener das ablehnten, begannen die Deutschen ab Frühjahr 1943 in ihrer und in der bulgarischen Zone Griechenlands mit der »Endlösung«. Als erste deportierte man die etwa 4.000 griechischen Juden der Provinz Belomorje, wie die Bulgaren das von Griechenland geraubte Gebiet nannten, in Vernichtungslager, meist nach Treblinka, wo fast alle – etwa 97 Prozent – sofort im Gas erstickt wurden.

Anfang Januar 1943 fanden in Athen Beratungen zwischen dem Bevollmächtigten des Reiches in Griechenland, Günter Altenburg, dessen Vertreter in Saloniki, Generalkonsul Schönberg, dem Oberkommando der Heeresgruppe E, dem Befehlshaber Saloniki-Ägäis und der SS statt, auf denen die Einzelheiten einer schnellen »Endlösung« im Bereich Saloniki-Ägäis besprochen sowie der Ablauf und die Verantwortlichkeiten festgelegt wurden. Für die »Endlösung« im Befehlsbereich Saloniki-Ägäis stellte die hochrangig besetzte Januarbesprechung eine Frist von sechs bis acht Wochen. Zwei Drittel aller Juden Griechenlands, etwa 50.000 Menschen, lebten in diesem Befehlsbereich. In einer konzertierten Aktion der Wehrmacht, der Dienststellen des Reichsbevollmächtigten Altenburg und der Kommandos der Sicherheitspolizei und des SD ab Januar 1943 erfolgten die Erfassung, Enteignung, Ghettoisierung und Deportation der Juden. Am 6. Februar 1943 ordnete die Militärverwaltung die Kennzeichnung und Ghettoisierung an. Am 1. März mußten alle Juden eine detaillierte Vermögenserklärung abgeben. Wenige Tage danach wurde ihr gesamter Besitz beschlagnahmt. Alles Bargeld mußte abgeliefert werden. Die Militärverwaltung verkündete kraft der ihr verliehenen vollziehenden Gewalt die Terrormaßnahmen. Deren Durchführung übertrug sie den in »Endlösungsfragen« erfahrenen Profis der Außenstelle des Sicherheitsdienstes Thessaloniki und dem Sonderkommando des Sicherheitsdienstes unter Leitung des Eichmann-Mitarbeiters SS-Hauptsturmführer Dieter Wisliceny (Sonderkommando der Sicherheitspolizei für Judenangelegenheiten). Am 15. März 1943 ging der erste Transport in das Tausende Kilometer entfernte Auschwitz. Um die zu Kriegszeiten knappen Transportkapazitäten restlos auszunutzen und den vorgegebenen Zeitplan einzuhalten, pferchte man die Menschen eng zusammengedrängt in Viehwaggons. 2.600 bis 2.800 Menschen wurden auf diese Weise pro Transport deportiert. Viele überlebten den neun-

tägigen Transport nicht und kamen tot in Auschwitz an. Fast alle Juden aus Griechenland wurden von der Rampe sofort in die Gaskammern getrieben. Der Kommandant von Auschwitz, Höß, gab später an, da die griechischen Juden zur Arbeit u. a. in den Betrieben der IG-Farben-Industrie AG körperlich nicht fähig waren, seien sie sofort ermordet worden. Nur einige junge Frauen habe er in den Block 10 überstellen lassen, wo Professor Clauberg qualvolle medizinische Experimente an ihnen durchführte.

Der im Januar vorgegebene Zeitplan wurde eingehalten. In kurzer Zeit deportierten die Nazis etwa 50.000 Juden aus der deutschen Besatzungszone in die Vernichtungslager. Die 2000 Jahre alte jüdische Gemeinde in der oft als »Klein-Jerusalem« bezeichneten Stadt Thessaloniki wurde vollständig ausgelöscht.

Menschenjagd in der italienischen Zone

Der Oberbefehlshaber Alexander Löhr und der »Reichsbevollmächtigte« Altenburg steigerten nun den Druck auf die Italiener, in ihrer Zone, endlich mit der »Endlösung« zu beginnen. Um das Argument der Italiener zu entkräften, wegen der Deportationen aus Thessaloniki stehe kein Schiffs- und Waggonraum zur Verfügung, schlug das Auswärtige Amt vor, dass die Juden der italienischen Zone bis zur Gewinnung neuer Deportationsmöglichkeiten vorübergehend »in Sammellagern zusammengezogen und die arbeitsfähigen Kräfte als Baukompanien für Festungsbauten oder zur Verbesserung von Eisenbahnlinien« nach dem Vorbild der Aktion vom Sommer 1942 in Thessaloniki eingesetzt werden sollten. Altenburg halte »einen solchen Plan für sofort durchführbar und wünschenswert«, heißt es in dem Schreiben. Dem Druck der Deutschen versagten sich die italienischen Befehlshaber auch weiterhin, so dass die Juden im größten Teil Griechenlands noch eine kurze Atempause erhielten.

Nach der Kapitulation Italiens am 8. September 1943 wurde die deutsche »Endlösung« sofort auf ganz Griechenland ausgedehnt. Am 3. Oktober 1943 ordnete der Höhere SS- und Polizeiführer die Erfassung der

Juden an. Da sich nur wenige Juden zur »Erfassung« meldeten, befahl der Befehlshaber in Griechenland, General Wilhelm Speidel, alle Juden, die sich nicht hatten registrieren lassen, sofort zu enteignen. Wehrmacht und Sicherheitsdienst der SS begannen mit der Jagd auf die Juden. Auf dem Festland konnten viele von ihnen untertauchen oder sich durch Flucht zu den linksgerichteten ELAS-Partisanen retten. Auf den Inseln jedoch und im Gebiet um Joannina, wo die rechtsgerichtete Partisanenarmee EDES die antijüdischen Maßnahmen unterstützte, fielen fast alle in deutsche Hände. Über die Deportation der Juden von Joannina am 25. März 1944 berichtete ein Kommando der Gruppe Geheime Feldpolizei (GFP) 621 beim XXII. Gebirgsarmee Korps: Nach vorheriger Ghettoisierung seien dank »vorbildlicher« Zusammenarbeit von GFP mit anderen Wehrmachtseinheiten, der Feldgendarmarie sowie griechischer und deutscher Polizei alle Juden verhaftet und 95 Prozent von ihnen deportiert worden – insgesamt 1725 Menschen. Widerstand habe es nur von der linksgerichteten Befreiungsfront EAM gegeben. Aus den rechtsgerichteten EDES-Kreisen werde »volle Zustimmung laut«.

Kurze Zeit später begannen die Maßnahmen gegen die 2.000 Juden auf Korfu. Der Feindlagebearbeiter (Ic) der Korpsgruppe Joannina bat am 28. April 1944 seinen vorgesetzten Abwehroffizier der Heeresgruppe E, beschleunigt mit den »Endlösungs«-Maßnahmen auf der Insel zu beginnen. Der Ic-Offizier machte auf einen besonderen Vorteil der schnellen Deportation aufmerksam: Viele »unnütze Esser« würden verschwinden. Der Abtransport bedeute »eine nicht unerhebliche Erleichterung der Ernährungslage«. Nachdem die Kriegsmarine den knappen Schiffsraum und die Heeresgruppe den ebenso raren Kraftstoff für den Transport auf dem Festland bereitgestellt hatte, begann die Deportation. Am 17. Juni 1944 meldete der Befehlshaber der Sicherheitspolizei dem für Korfu verantwortlichen Generalkommando des XXII. Gebirgsarmee Korps, von der Insel seien alle Juden, insgesamt 1795 Personen, abtransportiert worden.

Die letzten Opfer waren die Juden auf Rhodos. Am 13. Juli 1944 befahl der Kommandant Ost-Ägäis, Generalleutnant Ulrich Kleemann, die Erfassung, Ghettoisierung und Enteignung der Juden. Danach begann die Deportation. Wenige Wochen vor dem Ende der deutschen Herrschaft in Griechenland ging der letzte Transport von Rhodos in die Gaskammern des fast 3.000 Kilometer entfernten Auschwitz.

83 Prozent der jüdischen Vorkriegsbevölkerung Griechenlands fiel der »Endlösung« zum Opfer.



Die Registrierung der jüdischen Bevölkerung in Thessaloniki

```
graph TD
    OKW[Oberkommando der Wehrmacht] --> OKH[Oberkommando des Heeres]
    OKW --> WR[Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt]
    OKW --> OBL[Oberbefehlshaber der Luftwaffe Luftwaffe]
    OKW --> OBM[Oberbefehlshaber der Kriegsmarine]

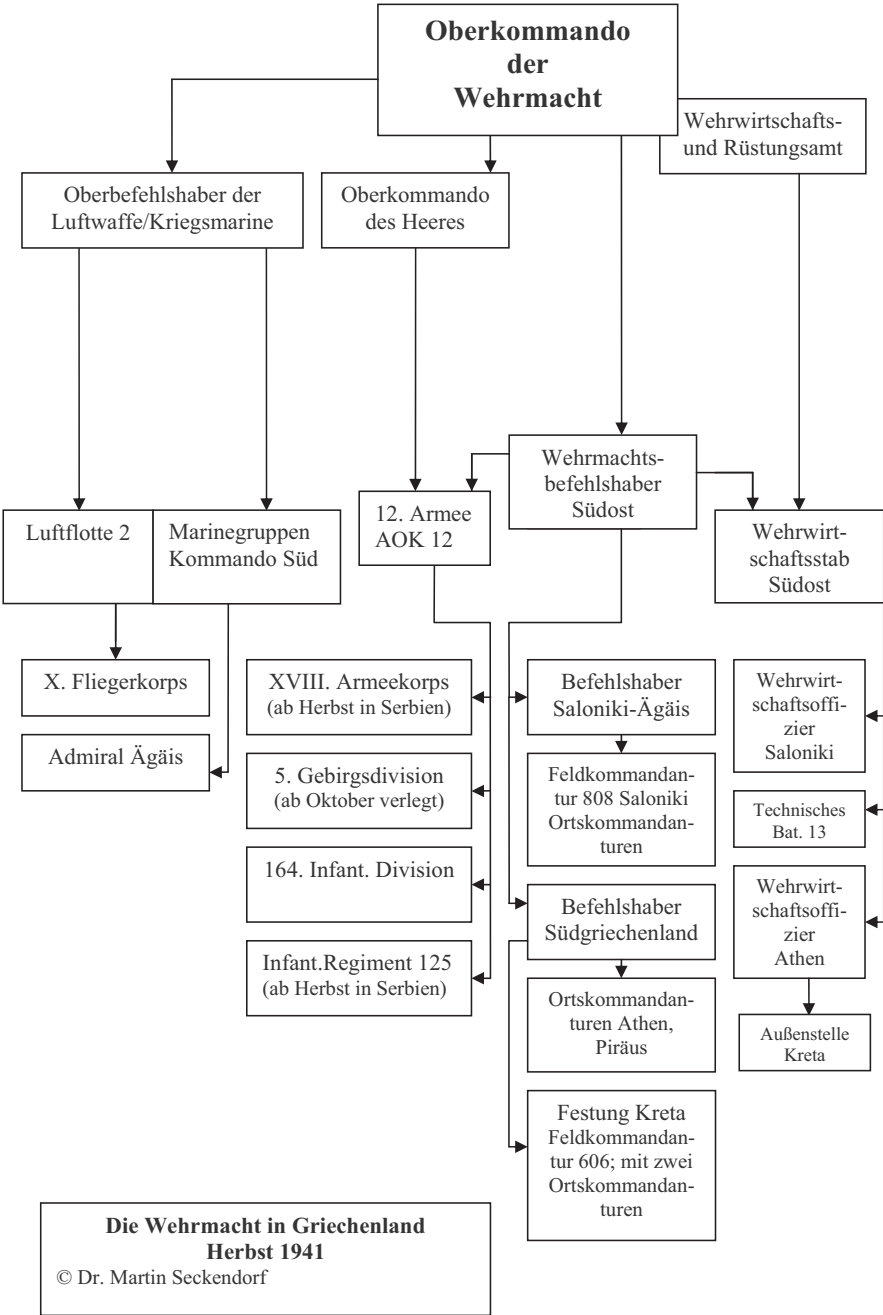
    OKH --> MBH_S[Militärbefehlshaber Süd]
    MBH_S --> MBH_G[Militärbefehlshaber Griechenland]
    MBH_G --> KS[Kommandostab]
    KS --> KS_List["-Propaganda und Nachrichtentruppen  
-Versorgungstruppen  
-3 ital. Frw. Bat  
-Höherer SS- und Polizeiführer  
-3 Evzonesregt. (9 Bataillone)  
-5 SS-Polzeischutzzüge  
-SS-Polzei-Geb.-JägerRgt. 18"]
    KS_List --> KS_Commandant[Kommandant Ostägäis]
    KS_Commandant --> KS_Admin["Verwaltungsstab mit 1 Oberfeldkommandantur, 7 Feld- sowie Kreis- u. Ortskommandanturen"]
    KS_Admin --> KS_Intendant[Wehrmachtsintendant]

    WR --> WR_S[Wehrwirtschaftsstab Südost]
    WR --> WR_G[Wehrwirtschaftsstab Griechenland]
    WR_G --> TB[Techn. Bergbaub. (mot)]

    OBL --> OBL_S[Oberbefehlshaber Südost zugleich Oberbefehlshaber Heeresgruppe F]
    OBL_S --> OBL_E[Oberbefehlshaber Heeresgruppe E]
    OBL_E --> G1[1. Geb.Div.]
    OBL_E --> G2[104. Jg. Div.]
    OBL_E --> G3[41. Festungs-Div.]
    OBL_E --> G4[117. Jg. Div.]
    OBL_E --> G5[11. Lw. Feld-Div.]
    OBL_E --> G6[2. Rgt. Div. Brandenburg]
    OBL_E --> G7[4. SS-Polzei-Panzergranadier-Div.]
    OBL_E --> G8[22. Inf. Div.]
    OBL_E --> G9[133. Festungs-Div.]

    OBL_E --> AK1[XXII. Geb. Armeekorps]
    OBL_E --> AK2[LXVIII. Armeekorps]
    OBL_E --> KG[2 Korpsgruppen (Saloniki/Joanina)]
    OBL_E --> FK[Festung Kreta]
    FK --> SD[Sturmdiv. Rhodos]

    OBM --> MGK[Marinegruppenkommando Süd]
    MGK --> LK[Luftwaffenkommando Südost]
    LK --> AG[Admiral Ägäis]
    LK --> KGL[Kommandierender General der deutschen Luftwaffe in Griechenland]
    LK --> FD19[Flak-Division 19]
```



Massaker deutscher Streitkräfte

in Griechenland im 2. Halbjahr 1943 (Auswahl)

16. August : Eine Kompanie der 1. Gebirgsdivision zerstört das Dorf Komeno und ermordet 317 der etwa 600 Einwohner.
14. – 15. September: Einheiten der 22. Infanteriedivision ermordet fast 500 Einwohner der kretischen Gemeinde Vianos.
23. September: Einheiten des XXII. Gebirgskorps, vor allem der 1. Gebirgsdivision, ermorden auf Kephallonia über 5000 italienische Militärangehörige nachdem diese die Waffen niedergelegt hatten.
1. – 10. Oktober: Einheiten der 1. Gebirgsdivision erschießen wegen eines getöteten Offiziers aus »Rache« mehr als 250 Zivilisten und verwüsten über ein Dutzend Dörfer in der Umgebung von Arta.
26. November: Auf Befehl von General Felmy (Kommandierender General LXVIII. Armeekorps in Athen) werden 100 Zivilisten der Stadt Tripolis/Peloponnes erschossen.
5. -14. Dezember: Unternehmen »Kalavrita«. Kampfgruppen der 117. Jägerdivision zerstören die Stadt Kalavrita/ Peloponnes, 24 Dörfer in der Umgebung und zwei Klöster. Mehr als 700 Zivilisten werden ermordet

Massaker deutscher Streitkräfte 1944

8. Februar: Bei Kalamata werden 159 Griechen erschossen und drei Dörfer zerstört.

25. Februar:	Bei Megalopolis werden als »Sühne« für eine Partisanenaktion 200 Geiseln erschossen.
12. März:	Bei Sparta werden 200 Griechen erschossen und 10 Ortschaften zerstört.
5. April:	Eine Einheit des SS-Polizei Panzer-Grenadier-Regiments 7 verwüstet das Dorf Klissura und ermordet 215 Einwohner, darunter 72 Kinder.
3. Mai:	Zur »Sühne« für einen bei einer Partisanenaktion getöteten deutschen Divisionskommandeur werden 325 Griechen erschossen.
10. Juni:	Eine Einheit des SS-Polizei Panzer-Grenadier-Regiments 7 verwüstet das Dorf Distomo und ermordet 218 Einwohner, meist Frauen und Kinder.
10. August bis 5. September:	Bei einem »Säuberungsunternehmen« am Ida-Gebirge/Kreta werden 13 Dörfer zerstört, »rund« 500 »Banditen und Banditenhelfer« erschossen sowie 1000 Personen festgenommen.
18. August:	»104 Feindtote« und über 5000 Festnahmen werden als Ergebnis einer Razzia in Piräus gemeldet.
23. August:	Bei einer »Sühneaktion« auf Westkreta werden 191 »Bandenverdächtige« erschossen, ein Dorf zerstört und 1500 Kreter umgesiedelt.
25. August:	Eine Razzia im Athener Stadtteil Nea Kokkina erbringt folgendes Ergebnis: »Neben 3000 Festnahmen über 100 Kommunisten tot«.

Wirtschaft und Okkupation

Der Überfall war für die deutsche Wirtschaft ein lohnendes Geschäft

Aus dem Tätigkeitsbericht der Wirtschaftsabteilung beim Bevollmächtigten des Deutschen Reiches für Griechenland vom 31. Mai 1941

Als die deutsche Wehrmacht begann, den Einfluß Englands in Griechenland mit Waffengewalt zu brechen, hatte Deutschland in diesem Lande im wesentlichen nur Handelsinteressen. Rd. 28 % der griechischen Ausfuhr gingen nach Deutschland und etwa 30 % der griechischen Einfuhr kam aus Deutschland. Abgestellt auf den europäischen Raum ist das handelspolitische deutsche Interesse an Griechenland natürlich weit größer. Inzwischen sind in Auswirkung der deutschen Waffenerfolge in Griechenland die größten Anstrengungen gemacht worden, um die Schlüsselstellungen der griechischen Wirtschaft in deutsche Hand zu bringen. Auf Veranlassung des Wirtschaftsrüstungsamts des OKW hat die Firma Krupp, Essen, die wertvollen griechischen Bergbauunternehmen teils gekauft, teils mit ihnen Lieferverträge abgeschlossen. Die Nordische Aluminium AG, deren Aktien dem Reichsluftfahrtministerium gehören, ist im Begriff, die hochwertigen griechischen Bauxitlager der Franz. Gesellschaft Ste. Bauxites du Parnassos zu übernehmen.

20000 ha Baumwollkulturen am Koppaissee sollen aus englischer Hand in deutsche überführt werden, um dem katastrophalen Baumwollmangel abzuhelpfen. Die gesamte griechische Tabakernte 1939 und 1940 ist für Deutschland sichergestellt. Es handelt sich um 80 Millionen kg Tabak im Werte von 175 Millionen RM, aus denen 80 Milliarden Zigaretten hergestellt werden können. Das Reichseinkommen aus direkten Steuern aus diesem Tabakgeschäft beträgt insgesamt 1,4 Milliarden RM.

+ *Bundesarchiv, Film 4545.*

Hyperinflation als Folge der enormen wirtschaftlichen Ausbeutung durch die Besatzer

Aus einer Aufstellung der Militärverwaltung Griechenland über die Preisentwicklung in Athen bis zum 10. September 1944

Preise nach dem Stand vom:

Produkte	28. 10. 40 ¹	01. 01. 44 ²	20. 04. 44 ²	10. 09. 44 ²
Brot per Oka ³	10	34	460	34000
Fleisch	50	300	3200	400000
Öl	50	200	2800	400000
Oliven	26	80	1200	240000
Zucker	19	160	1600	140000
Makkaroni	22	100	1100	130000
Eier per Stück	2	13	90	32000
Milch per Oka	10	40	400	88000
Butter	110	600	6000	1100000
Reis	22	180	2000	340000
Käse	60	360	1600	400000
Mehl	12	80	1200	90000
Kartoffeln	6	40	850	90000
1 Anzug bzw. Mantel	3500	10000	150000	13000000
1 Paar Schuhe	450	2000	50000	2204000
1 Stück Seife	15	25	700	53500

1 Preise in Drachmen.

2 In 1000 Drachmen.

3 Ein Oka = 1280 Gramm.

+ Bundesarchiv, Film 18740 (Anlage 4 zum Abschlußbericht der MV Griechenland).

Verbrecherische Befehle

»Ausrottung der männlichen Bevölkerung ganzer Gebiete« auf Kreta

Aus einem Befehl des Generals der Flieger Kurt Student vom 31. Mai 1941

Betr.: Vergeltungsmassnahmen...

Ich beabsichtige, in dieser Richtung mit äusserster Härte vorzugehen.

Zu diesem Zwecke befehle ich:...

Als Vergeltungsmaßnahmen kommen in Frage:

- 1.) Erschießungen
- 2.) Kontributionen
- 3.) Niederbrennen von Ortschaften
(vorher Sicherstellung aller Barmittel...)
- 4.) Ausrottung der männlichen Bevölkerung ganzer Gebiete....
Es kommt darauf an, alle Maßnahmen mit größter Beschleunigung durchzuführen, unter Beiseitelassung aller Formalien und unter bewusster Ausschaltung von besonderen Gerichten.

+ *Bundesarchiv –Militärarchiv-, RH 28-5/4b, Bl. 412 und 413.*

»50 bis 100 Kommunisten« für einen getöteten Deutschen

Aus dem Befehl von Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel vom 16. September 1941

Seit Beginn des Feldzuges gegen Sowjet-Rußland sind in den von Deutschland besetzten

Gebieten allenthalben kommunistische Aufstandsbewegungen ausgebrochen ... Auf diese Weise entsteht in zunehmendem Maße eine Gefahr für die deutsche Kriegführung, die sich zunächst in einer allgemeinen Unsicherheit für die Besatzungstruppe zeigt und auch bereits zum

Abzug von Kräften nach den hauptsächlichen Unruheherden geführt hat....

Der Führer hat nunmehr angeordnet, daß überall mit den schärfsten Mitteln einzugreifen ist, um die Bewegung in kürzester Zeit niederzuschlagen ... Hierbei ist nach folgenden Richtlinien zu verfahren:

Bei jedem Vorfall der Auflehnung gegen die deutsche Besatzungsmacht, gleichgültig wie die Umstände im einzelnen liegen mögen, muß auf kommunistische Ursprünge geschlossen werden.

Um die Umtriebe im Keime zu ersticken, sind beim ersten Anlaß unverzüglich die schärfsten Mittel anzuwenden, um die Autorität der Besatzungsmacht durchzusetzen und einem weiteren Umsichgreifen vorzubeugen. Dabei ist zu bedenken, daß ein Menschenleben in den betroffenen Ländern vielfach nichts gilt und eine abschreckende Wirkung nur durch ungewöhnliche Härte erreicht werden kann. Als Sühne für ein deutsches Soldatenleben muß in diesen Fällen im allgemeinen die Todesstrafe für 50-100 Kommunisten als angemessen gelten. Die Art der Vollstreckung muß die abschreckende Wirkung noch erhöhen.

+ *Bundesarchiv , Film 17577.*

»Auch gegen Frauen und Kinder«

Aus dem Befehl Hitlers vom 16. Dezember 1942

1. Der Feind setzt im Bandenkampf fanatische, kommunistisch geschulte Kämpfer ein, die vor keiner Gewalttat zurückschrecken. Es geht hier mehr denn je um Sein oder Nichtsein. Mit soldatischer Ritterlichkeit oder mit den Vereinbarungen in der Genfer Konvention hat dieser Kampf nichts zu tun. Wenn dieser Kampf gegen die Banden sowohl im Osten wie auf dem Balkan nicht mit den allerbrutalsten Mitteln geführt wird, so reichen in absehbarer Zeit die verfügbaren Kräfte nicht mehr aus, um dieser Pest Herr zu werden. Die Truppe ist daher berechtigt und verpflichtet, in diesem Kampf ohne Einschränkung auch gegen Frauen und Kinder jedes Mittel anzuwenden, wenn es nur zum Erfolg führt ...

2. Kein in der Bandenbekämpfung angesetzter Deutscher darf wegen seines Verhaltens im Kampf gegen die Banden und ihre Mitläufer disziplinarisch oder kriegsgerichtlich zur Rechenschaft gezogen werden ...

+ *Bundesarchiv, Film 5461.*

Massentötung zur »Abschreckung«

**Aus dem Befehl von Generalleutnant Walter Krüger. Kommandeur der
1. Panzer-Division, vom 5. Juli 1943**

1. Die Ereignisse der letzten Zeit lassen ein Aufleben der Bandentätigkeit im gesamten Südostraum erkennen. Auf dem Peloponnes liegen ebenfalls Anzeichen dafür vor, dass auch hier eine Zunahme der Banden- und Sabotagetätigkeit zu erwarten ist.
2. Das OKH hat befohlen, daß, auch in den von Italienern besetzten Gebieten, nach etwaigen Anschlägen und Sabotageakten rasche und durchgreifende Sühnemaßnahmen ergriffen werden, um die Bevölkerung abzuschrecken und den dem Ansehen der deutschen Wehrmacht zugefügten Schaden wieder gutzumachen. Der Führer erwartet, daß diese Maßnahmen mit äußerster Tatkraft und in einer Weise zur Durchführung kommen, die ihre Wirkung auf weiteste Kreise der Bevölkerung nicht verfehlen ...

+ *Bundesarchiv, Film 53308; Nürnberger Prozeßmaterial, Dok. NOKW-1494.*

Die »männliche Bevölkerung« ist zu erschießen oder als Gefangene abzuschieben

Aus dem Befehl der 1. Gebirgsdivision vom 7. Juli 1943 für den »Kampf« in Nordwestgriechenland

10. Kampfführung.

Bei Säuberung bandengefährdeter Gebiete ist schärfstens durchzugreifen. Alle Ortschaften, die den Banden als Zuflucht dienen können, sind zu zerstören, die männliche Bevölkerung ist, soweit sie nicht wegen Verdachts der Teilnahme am Kampf oder Unterstützung der Banden erschossen wird, restlos zu erfassen und als gefangene abzuschieben. Bei Sabotagefällen (Strassen-, Brückensprengungen, Abschneiden von Fernsprechleitungen usw.) sind strengste Sühnemassnahmen gegen die Bevölkerung zu treffen. Diese Sühnemaßnahmen haben nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn sie schnell und in aller Öffentlichkeit erfolgen (Überführte Teilnehmer von Sabotageakten sind z.B. in ihrem Heimatort öffentlich aufzuhängen. Auch gegen Familienangehörige der Täter ist mit rücksichtsloser Strenge vorzugehen.) Jede Weichheit in der Behandlung der Bevölkerung wird der Truppe als Zeichen der Schwäche ausgelegt und kostet deutsches Blut.

+ *Bundesarchiv, Film 40876.*

»Aufsässige Bevölkerung« ist zu erschießen oder zu erhängen

Aus dem Befehl von Generaloberst Alexander Löhr, Oberbefehlshaber Südost, vom 14. Juli 1943

Bei feindlichen Landungsangriffen ist mit weitestgehender Beteiligung aufsässiger Bevölkerungsteile auf Seiten des Feindes zu rechnen... Um einer großen Gefahr begegnen zu können, sind schon jetzt ... Gegenmaßnahmen am Platze.

1. Ich ermächtige und verpflichte alle Kommandeure, von sich aus, ohne vorherige Genehmigung der vorgesetzten Stelle, bei offensichtlich feindseliger Haltung der Bevölkerung schärfste Maßnahmen zu ergreifen. Die ergriffenen Maßnahmen sind zu melden und werden von mir gedeckt werden. Kommandeure hingegen, die aus Nachlässigkeit oder Weichheit Vergeltungsmaßnahmen unterlassen, werden zur Verantwortung gezogen...
3. Jeder deutsche Soldat hat die Pflicht, einen aktiven Widerstand seitens der Bevölkerung mit der Waffe sofort und unnachsichtig zu brechen. Soldaten, die diese Pflicht verletzen, sind kriegsgerichtlich zu belangen, das Ergebnis ist der Truppe bekanntzugeben.
4. Nach Eintreffen ausreichender Kräfte ist zunächst in Griechenland die Einrichtung einer evakuierten Zone von etwa 5 – 10 km Breite beiderseits der wichtigsten Eisenbahnstrecken, mit Ausnahme größerer Ortschaften, durchzuführen. In dieser Sperrzone soll der Aufenthalt der Zivilbevölkerung, soweit sie nicht in überwachtem Arbeitseinsatz steht, verboten, jeder Zivilist ohne Anruf erschossen werden. Für die größeren Ortschaften ist Ausgehverbot ab Dunkelheit, Geiselfestnahme u. a. vorzusehen....
5. Bei allen Vergeltungsmaßnahmen ist zu beachten: Rücksichtsloser Kampf und Vergeltung haben sich möglichst nur gegen die feindselig eingestellte Zivilbevölkerung zu richten. Durch einwandfreie Behandlung der freundlich eingestellten Bevölkerung (in Griechenland nur zu einem ganz geringen Prozentsatz vorhanden) muß der Zulauf der Bevölkerung zu den Banden vermieden werden. Die Rücksichtnahme darf jedoch nicht dazu führen, daß, wenn z. B. in einer Ortschaft deutsche Truppen beschossen wurden, nichts erfolgt, weil der Täter selbst nicht einwandfrei ermittelt wird. In derartigen Fällen muß mit Sühnemaßnahmen durch sofortige Festnahme und Erschießen, noch besser öffentliches Erhängen einflußreicher Persönlichkeiten der Ortschaft begegnet werden. Das gleiche trifft zu, wenn berechtigter Verdacht besteht, daß die Täter erfolgreich durchgeführter oder auch versuchter Sabotageunternehmungen von der Bevölkerung unterstützt werden. In den meisten Fällen steht die Bevölkerung auf Seiten der Banden.

•
+ *Geheimes Staatsarchiv Berlin, I. HA Rep. 335, Fall 7, Nr. 155, Bl. 32ff. (Nürnberger Dokument NOKW-1079).*

Erschießen, erhängen, Zwangsarbeit

Aus dem Befehl von Generaloberst Alexander Löhr vom 10. August 1943 zur Verschärfung des Terrors und zur Zwangsarbeit

- II. Für die Behandlung der Gefangenen gilt der Führerbefehl über die Zuführung von Menschenmaterial ins Reich zur Sicherstellung der nötigen Kohlenförderung vom 27. 7. 43 ... danach sind sämtliche gefangene Banditen über die Gefangenessammelstellen ins Reich abzutransportieren.
- III. Im einzelnen wird hierzu befohlen:
 - 1. Gefangene Bandenmitglieder sind zu den Gefangenessammelstellen abzuschicken ... Von den Sammelstellen aus erfolgt der Weitertransport ins Reich ... Eine Ausnahme von dieser Regelung ist nur dann gegeben, wenn die Kampfplage einen Abtransport nicht zuläßt. Die Erfassung einzelner Banditen für Abwehraufgaben (Abwehrtrupps, Asten, SD, GFP) bleibt weiterhin notwendig ...
 - 3. Sühnemaßnahmen sind ... wie bisher mit den härtesten Mitteln durchzuführen, wenn eine feindliche Haltung der Bevölkerung vorliegt. In bandendurchsetzten Gebieten, in denen Überfälle durchgeführt worden sind, bleibt die Festnahme von Geiseln aus allen Schichten der Bevölkerung ein erfolgreiches Mittel der Abschreckung. Darüber hinaus kann es notwendig sein, daß die gesamte männl. Bevölkerung, soweit sie nicht wegen Teilnahme oder Unterstützung der Banden zu erschießen oder zu erhängen und soweit sie arbeitsfähig ist, erfaßt und den Gefangenen-Sammelstellen zum Weitertransport ins Reich zugeführt wird. Überfälle auf deutsche Soldaten, Beschädigungen deutschen Eigentums müssen in jedem Falle mit Erschießung oder Erhängen von Geiseln, Zerstörung der umliegenden Ortschaften usw. beantwortet werden....
 - 4. In für die Kampfführung besonders wichtigen Gebieten sind die männlichen Einwohner von 15-60 Jahren zu evakuieren. Sie sind in bewachten Arbeitslagern zusammenzufassen bzw., soweit arbeitsfähig, ins Reich abzuführen. Evakuierungen müssen schlagartig durchgeführt werden, um ein vorzeitiges Entweichen der Bevölkerung zu verhindern ...(S.245)

+ *Bundesarchiv, Film 53308.*

Man kann »leider« nicht alle Griechen »köpfen«

Aus einer Rede von Generalmajor August Winter, Chef des Generalstabs der Heeresgruppe E, auf einer Chefbesprechung am 9. Dezember 1943

»Es geht leider nicht, alle Leute zu köpfen. Wenn man aber Sühnemaßnahmen durchführt, muß man sich an die wahrhaft Schuldigen und Geiseln halten, aber nicht völlig unbeteiligte Ortschaften dem Erdboden gleichmachen. Dies führt nur zur Vermehrung des Bandenwesens. Mindestquoten für Geislerschießungen sind Höchstquoten geworden. 1: 50 bei Toten, 1:10 bei Verwundeten. Sühnemaßnahmen dürfen nur dann erfolgen, wenn

- a) die Täter innerhalb 48 Stunden nicht gefaßt sind,
 - b) bei Terroranschlägen oder wenn das Motiv terroristischer Art ist.
- Zur Exekution bei Sühnemaßnahmen sind nur Banditenhelfer und nachgewiesen kommunistisch eingestellte Personen heranzuziehen. »

+ *Bundesarchiv -Militärarchiv-, RH 19 VII/I, Bl. 262.*

»Zusammengefaßte Feuerschläge« auch gegen »nichtschuldige Männer, Frauen und Kinder«

Aus einem Befehl des Generals Friedrich Müller, Kommandant der Festung Kreta, vom 14. August 1944

- 1.) Die zahlreichen Überfälle auf deutsche Kraftfahrzeuge, kleine Kommandos usw. mit erheblichen eigenen Verlusten in letzter Zeit erfordern scharfes Zupacken von Seiten der Divisionen, um der griechischen Bevölkerung unseren Willen aufzuzwingen und zu beweisen, daß wir unsere Macht auf der ganzen Insel durchsetzen können. Hierin kann jetzt keine Zurückhaltung mehr gegenüber nichtschuldigen Männern, Frauen und Kindern geübt werden. Schnelles Handeln ist die erste Bedingung für erfolgreiches, kraftvolles Durchsetzen.

- 2.) Bei erneuten Überfällen auf deutsche Soldaten sind die in Betracht kommenden, in der Nähe liegenden Ortschaften durch zusammengefasste Feuerschläge der Artillerie zu beschießen. Es kann zweckmäßig sein, einige Zeit nach dem Beschuß mit eigenen Truppen die Dörfer zu umstellen, um die etwa aus den Bergen zu Hilfe geeilten Banditen hierbei zu fangen.
- 3.) Als weitere Maßnahme kommt in Frage, Dörfer mit besonders feindseliger Bevölkerung völlig zu evakuieren und dem Erdboden gleich zu machen. Entsprechende Absichten sind rechtzeitig an Kdt. d. Festg. Kreta zu melden, um die wirtschaftlichen Angelegenheiten regeln zu können.

+ *Geheimes Staatsarchiv Berlin, I. HA Rep. 335, Fall 7, Nr. 164, Bl. 66f. (Nürnberger Dokument NOKW-1377).*



Eine Hinrichtung in Folrina

Kollaboration und Widerstand

Hauptfeind der Deutschen und der griechischen Oberschicht ist die immer erfolgreicher operierende ELAS

Aus dem Lagebericht von Generalmajor August Winter,
Chef des Generalstabs der Heeresgruppe E, für November 1943

I. Politische Lage

Auf dem Festland begünstigte die immer rascher fortschreitende Inflation und die damit gleichzeitig wachsende Not der armen Bevölkerung vor allem in den Städten eine radikalere Entwicklung der kommunistischen Bewegung ...

Das rasche Anwachsen der kommunistischen Gefahr und der Verlust der Ägäis durch die Engländer¹ führten ...bei weiteren nationalen Kreisen zu der Erkenntnis, daß zunächst nicht die deutsche Besatzung, sondern der Kommunismus als Feind Griechenlands Nr. 1 bekämpft werden müsse ... Vermehrt suchen daher Anhänger national-bürgerlicher Kreise Anlehnung an die deutsche Besatzung als einzige Macht, die z. Zt. in Griechenland in der Lage ist, der kommunistischen Gefahr entgegenzutreten. Diese Erkenntnis dürfte auch die Aufstellung eines Freiwilligenverbandes auf dem Peloponnes erleichtern. Hiermit wurde auch zum ersten Mal ein Erfolg der eigenen antikommunistischen Propaganda deutlich ...

II. Feindlage

... Die durch die restlose Bereinigung der Ägäis und durch den Beginn des Winters geänderte politische Entwicklung zeichnet sich auch in der Bandenlage klar ab. Als ernst zu nehmende Gefahr traten nur die ELAS-Banden in Erscheinung ... Im Südpindus gelang es ihnen, ein geschlossenes Herrschaftsgebiet mit vermutlich ausreichenden Versorgungsmöglichkeiten zu halten, im Peloponnes, der nunmehr weitgehend von deutschen Truppen entblößt ist, sogar ein solches nach fast völliger Verdrängung der nationalen Banden neu zu errichten. Hier geht die ELAS zusammen mit der EAM in vielen Orten bereits dazu über, Aufgaben der staatlichen Verwaltung wahrzunehmen ...

IV. Beurteilung der Lage

... Mit weiterem Anwachsen des Kleinkrieges der ELAS-Banden vor allem auf dem Peloponnes und im bulg.-griech.-albanischen Grenzraum ist... zu rechnen ... Neben der Aktiv-Bekämpfung des Kommunismus durch Polizeiaktionen ist es von größter Bedeutung, ob das Abstoppen der Inflation und damit die Verhinderung einer weiteren Verschärfung der wirtschaftlichen Not der armen und daher den Kommunisten am ehesten zugeneigten Bevölkerungskreise gelingen wird ... Günstig ist die Lage für den Ansatz weiterer Spaltpropaganda, die, mehr auf die örtlichen Verhältnisse eingehend, ...den Kommunismus als Hauptfeind,...

herausstellen muß. Hierdurch dürfte die Bereitwilligkeit weiter Kreise aus dem nationalen Lager zur Bekämpfung des Kommunismus auf Seiten der deutschen Besatzung noch stärker gefördert werden.

+ *Bundesarchiv, Film 18454.*

- 1 Im November 1943 war es gelungen, einige durch britische Streitkräfte befreite Inseln zu besetzen.

Die gesamte Peloponnes Ende 1943 befreites Gebiet

Aus der Lagebeurteilung der 117. Jäger-Division¹ vom 29. November 1943 über die Partisanenbewegung auf der Peloponnes²

I. Politische Lage

Der Peloponnes muß heute in seiner Gesamtheit als Bandengebiet angesehen werden. Die dauernden Überfälle zeigen, daß auch dort, wo deutsche Truppen verhältnismäßig konzentriert liegen, von einer Befriedung des Landes nicht gesprochen werden kann. Das bergige Innenland steht völlig unter der Herrschaft der Banden. Sie bilden dort einen Staat im Staate und üben dort ihre kommunistische Regierungsgewalt unbeschränkt aus. Die Banden sind politisch gut organisiert und verfügen über einen eigenen Verwaltungsapparat, Bandengerichte, Aushebungsdienststellen usw. Die Waffen- und Geräteausstattung ist als gut zu bezeichnen (wurde durch die bekannten italienischen Um-

triebe, Überläufer, Waffenverkäufe erheblich verstärkt). Spürbarer Mangel herrscht jedoch auf dem Gebiet der Bekleidung. Es fehlt insbes. an Schuhzeug und warmer Winterbekleidung. Hinsichtlich der Organisation der Kommunistischen Partei wurde durch zuverlässige V-Männer festgestellt, daß sich in jedem größeren Ort eine meist sehr tätige kommunistische Ortsgruppe befindet. Ihre Hauptaufgabe ist die kommunistische Propaganda, der Nachrichten- und Kundschafterdienst sowie die Mitgliederbewegung.

II. Feindlage

Die Bandentätigkeit hat nunmehr einen insbesondere im Raum Patras und Sparta erheblichen Umfang angenommen. Die kommunistischen Banden nützen die gegenwärtig schwache Besetzung der einzelnen Gebiete weitgehendst aus, um durch Überfälle auf Lkw-Kolonnen, einzelne Fahrzeuge und Verkehrseinrichtungen, sogar auf schwächere Abteilungen deutscher Soldaten, störend zu wirken. In dieser Hinsicht sind besonders im Raum Patras, Ajion und in der weiteren Umgebung von Sparta fast täglich Überfälle zu verzeichnen. Die laufend durchgeführten Unternehmungen sind größtenteils negativ, da die Banden weiterhin die Taktik verfolgen, größeren Kampfhandlungen mit deutschen Truppen aus dem Wege zu gehen. Erfolgversprechend ist nur eine erhöhte Festsetzung von Geiseln und ein weiterer Ausbau der bereits aufgestellten nationalen Freischärler³ ...

+ *Bundesarchiv, Film 42929.*

- 1 Kdr der 117. Jg.Div. war vom 1. Mai 1943 bis 10. Juli 1944 Gen.Maj. Karl v. Le-Suire.
- 2 Die Lagebeurteilung ging an das LXVIII. AK, dessen Kom. Gen. von Juni 1943 bis November 1944 Gen. d. Fl. Helmut Felmy war.
- 3 Griechische antikommunistische Einheiten (z. B. Freikorps Leonidas), von der Wehrmacht gegen ELAS eingesetzt.

Griechische Oberschicht kollaboriert mit den Besatzern gegen den »Kommunismus«

Aus einem Bericht der Abteilung I c der Heeresgruppe E vom 15.07.1944:

Die führende griechische Oberschicht (Vertreter der Industrie, des Handels, Bankwesens, der hohen Geistlichkeit, Spitzen der Beamtenschaft und des ehem. Offz.-Korps) sieht in dem durch die katastrophale Wirtschaftslage und der starken Stellung Rußlands immer mehr anwachsenden Kommunismus die einzige ihre Interessen und Besitz bedrohende Gefahr. Sie ist ... gewillt, eine nationale Organisation mit militanten Formationen aufzubauen, die von ihnen politisch und materiell unterstützt wird. ... Während die Bereitschaft zum aktiven Eingreifen in die Entwicklung in Südgriechenland somit jüngsten Datums ist, arbeitet in Nordgriechenland seit ca. 1 Jahr eine Art nationales Verteidigungskomitee, das sich aus Vertretern der griechischen Oberschicht zusammensetzt, am Aufbau einer nationalen Organisation. Die unter Förderung der militärischen Stellen in Nordgriechenland aufgestellten nationalen Verbände werden von diesem Komitee in jeder Hinsicht unterstützt.

+ *Bundesarchiv.-Militärarchiv-, RH 19 XI)*

Massenterror

Im Oktober 1941 im Gebiet Thessaloniki: 436 Hinrichtungen, drei Dörfer zerstört

**Aus dem Bericht dem Bericht des Befehlshabers Saloniki Ägäis für
Oktober 1941**

Die politische Lage hat gegenüber den Vormonaten eine Zuspitzung erfahren. Besonders um die Monatsmitte häuften sich die Zwischenfälle verschiedenster Art.... Durch entschiedenen Einsatz schneller Truppenstreifen wurden die Unruhen im Keim erstickt. Hierbei wurde mit ausgesprochener Schärfe vorgegangen, um eine abschreckende Wirkung zu erzielen. Von den insgesamt bisher durchgeführten 488 Erschießungen sind 422 im Berichtsmonat erfolgt. 10 Personen wurden gehängt. Hinzu kommen 4 Vollstreckungen von Todesurteilen der Kriegsgerichte. 3 Dörfer wurden niedergebrannt, weil sie Aufständischen als Rückhalt dienten....Von den 164 Insassen des Konzentrationslagers wurden 68 im Berichtsmonat eingeliefert.

+ Hauptarchiv Berlin, Rep 335, Fall 7, Nr. 151, Bl. 74(Nürnberger Dokument NOKW-1443).

Über 1000 Tote und 100 zerstörte Dörfer in einem Monat nur in Nordost-Griechenland

**Aus dem Schreiben von Joannis Rhallys, Ministerpräsident der
griechischen Kollaborationsregierung, an General der Flieger
Wilhelm Speidel vom 19. Dezember 1943 über Massenverbrechen
der Wehrmacht in Griechenland**

Gestern erhielt ich Nachrichten, nach denen fast die ganze männliche Bevölkerung der Stadt Kalavrita in der Präfektur Achäa, den Massenhinrichtungen, welche von der deutschen Wehrmachtkommandantur des Peloponnes ... angeordnet worden waren, zum Opfer fielen.¹ Wenn



Einweisung in ein Geisellager auf Kreta

meine Informationen richtig sind, betrogen die Opfer dieser Massenhinrichtung mehr als 650. Außerdem wird die Stadt Kalavrita als von einem Ende zum anderen in Brand gesteckt bezeichnet. Das historische mit den Kämpfen für die griechische Unabhängigkeit des Jahres 1821 unverbrüchlich verbundene Kloster der Haghia Lavra wurde gleichfalls in Brand gesteckt, die heiligen Kleinodien in diesem wurden vernichtet und die in diesem Kloster aufgefundenen 13 greisen Mönche erschossen. ...

Bei dieser Gelegenheit sei es mir gestattet, Ihnen mitzuteilen, daß einige Dörfer des griechischen Epirus infolge von Erschießungen völlig ausgerottet wurden. So wurde das Dorf Kommäna bei Arta, welches ca. 1000 Einwohner zählte, das Opfer einer furchtbaren Dezimierung. 750 Einwohner dieses Dorfes wurden von deutschen Soldaten erschossen. In dem Dorf Lyngiadas bei Paramythia wurden 82 Einwohner erschossen, unter diesen 42 Kinder unter 15 Jahren. In dem Dorf Kephallovryssion der Unterpräfektur Paganion wurden 25 Personen erschossen. Diese Ereignisse fanden im Oktober 1943 statt. So wurden in einem nur kleinen Gebiet über 1000 griechische Bürger getötet, ohne daß ein Unterschied zwischen Schuldigen und Unschuldigen gemacht wurde, was dadurch bewiesen wird, daß sich unter den Opfern sehr viele Frauen und kleine Kinder befanden. Obige Dörfer wurden zur Gänze in Brand gesteckt, aber die Zahl der in dem Bereich des Generalgouvernements Epirus in Brand gesteckten Dörfer beträgt nach offiziellen Meldungen an mich mehr als 100.

Außerdem ist es bekannt, daß vor ca. 15 Tagen 128 Einwohner der Stadt Sparta, unter diesen viele Akademiker, Bankbeamte usw., an einem Tag erschossen wurden als Vergeltungsmaßnahmen für eine stattgefundene bewaffnete Tätigkeit von kommunistischen Aufständischen gegen die deutsche Wehrmacht ...

+ *Bundesarchiv, Film 18469.*

1 Das Massaker wurde von Angehörigen der 117. Jg.Div. ausgeführt.

Kalavryta – das größte Massaker an griechischen Zivilisten

Aus dem »Abschluß- und Erfahrungsbericht Unternehmen

»Ka!avryta« der 117. Jäger-Division vom 19. Januar 1944

Die Versammlung der Kampfgruppe Gnass zum Unternehmen »Kalavryta« verlief planmäßig. Jg.Rgt. 749 trat von den Unterkünften in Patras. bzw. Aigion, zum Unternehmen an. X-Tag des Unternehmens war der 5. Dezember 1943.

Bis auf ein längeres Feuergefecht der AA 116 bei Pankrati, fanden während des ganzen Unternehmens keine größeren Kampfhandlungen statt. Da der Feind vom ersten Tag des Unternehmens in ostw. und nordostw. Richtung auswich, erhielt Lw.Jg.Rgt. 22 am 7. Dezember 1943 den Befehl, Ausbrechen der Banden durch Sperren entlang der Ebene von Pheneos zu verhindern (Unternehmen Stiglitz), und Fest.Inf.Rgt. 965 erhielt am 8. Dezember 1943 den Befehl, mit verstärkter Kompanie in Linie Demuta—Lala— Douka zu sperren, um Ausweichen nach SW zu verhindern (Unternehmen Büffel).

Als Sühneaktion für die Ermordung von 75 Gefangenen der Kompanie Schober wurde die Erschießung der männlichen Bevölkerung und Niederbrennen aller Orte im Raum des Unternehmens befohlen.

Am 14. Dezember 1943 Unternehmen abgeschlossen und Einheiten in den Unterkünften zurück.

1. Feind Verluste: 17 Tote, mehrere Verwundete.
2. Eigene Verluste: 13 Tote, 12 Verwundete.
3. Sühnemaßnahmen:

Folgende Ortschaften wurden zerstört:

Roji, Perpini, Bahnhof Kerpini, Ano Sachlaru, Kato Sachlaru, Souwardo, Wrachni, Kalavryta, Kloster Meg-Spilaron, Kloster Lawras, Aj. Kiriaki, Awles, Wissoka, Fteri, Klapatsuna, Pirgaki, Wallitsa, Melissia, Kloster Omblu, Lapanangos, Masi, Mazeika, Pankrati, Morochowa, Derweni, Waltos, Planeru, Huetten (4 km W Mazeika).

696 Griechen erschossen.

+ *Hauptarchiv Berlin, Rep. 335, Fall 7 (Südostgeneralprozeß), Nr. 163, Bl.68f.Nürnberger Dokument NOKW-1257.*



Die Hakenkreuzfahne, die der Widerstandskämpfer Manolis Glezos zusammen mit einem Kameraden im Jahre 1941 von der Akropolis entfernte.



Manolis Glezos im September 2015

Fotos: Giovanni Lo Curto